ZECK

Nr 119 März / April 04

Das Info für ewige Bambule





Vorwort

Sehr verehrte LeserInnenschaft,

Derzeit brodelt es im Zusammenhang mit linken Projekten an vielen Orten. Bedauerlicherweise liegt diese Entwicklung häufig am stärker werdenden Räumungsdruck und nicht im Erkämpfen neuer Projekte. So sind derzeit neben den Wagenplätzen in Hamburg u.a. Projekte in Osnabrück, Kiel, Lübeck, Freiburg, Kassel, Saarbrücken und Barcelona bedroht. Andererseits entstehen im Kampf um bestehende Projekte auch immer wieder Bewegungsmomente, die mehr möglich machen. Positiv sind auch die zahlreichen Neubesetzungen oder Initiativen für neue Zentren. In Heidelberg, Nürnberg, Düren, Barcelona, Kopenhagen fanden in letzter Zeit Besetzungen oder Aktionen für neue Projekte statt.

In Hamburg findet am 26.03. die nächste große Demo gegen neue Räumungen statt, die sich auch solidarisch mit den Projekten in anderen Städten versteht. Aktueller Hintergrund ist der Räumungstermin des Wagenplatzes Henriette zum 01.04.04. und des Wendebeckens zum 31.08. Aus diesem Anlass führten wir Anfang Februar ein Gespräch mit BewohnerInnen von Bambule und Henriette, bei dem es um die aktuelle Situation in Hamburg und die bevorstehenden Aktionen ging. Eine Person von Bambule erzählt von den Schwierigkeiten, nach der Räumung als Struktur weiter zu funktionieren. Eine Person der Henriette spricht die Heterogenität des Projektes an, das aber auf jeden Fall gemeinsam an seinem Platz festhalten will und daher mit anderen Plätzen und Gruppen Aktionstage gegen die Räumung veranstaltet. Weitere Infos und Termine sind dem Aufruf des "Wagenplatz Solibündnis" zu entnehmen.

Ein zweiter Schwerpunkt im Heft bezieht sich auf die Auseinandersetzungen auf der Antifademo vom 31.1. Die Beantwortung der Frage, wie sinnvoll die Auseinandersetzung um das Tragen der Nationalfahnen auf antifaschistischen Demos ist, wollen wir mit der Bereitstellung einiger Stellungnahmen Euch, geneigter LeserInnenschaft, selbst überlassen. Nicht die Nerven verlieren, locker bleiben, Knüppel wieder in den Sack stecken, diskutieren, wem es zu blöd wird, einfach ignorieren.
Ansonsten haben wir für Euch auch noch andere Geschichtchen zusammegetragen, die Ihr Euch in Ruhe zu Gemüte führen könnt. Bleibt noch festzustellen: Wahlen ändern nix, ... (kennt ihr ja)
Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 21.4. Schickt Eure Beiträge bitte sowohl als Ausdruck wie auch auf Diskette.

Hochachtungsvoll verbleibt soweit,
Eure Zeck

Inhalt

Impressum

V.i.S.d.P.: Klaus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20148 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 5.0 bis 7.0 oder als Textdatei (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 10 Euro pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. »Zur-Habe-Name« ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!) Eigendruck im Selbstverlag



BAMBULE-PROZESS

Mit einer Einstellung gegen eine Geldbuße von 300Euro endete am 5. Januar 2003 ein Bambuleprozeß.
Der Angeklagten wurde vorgeworfen, sie habe während einer Bambuleaktion auf dem Heiligengeistfeld versucht, in ein Zelt des Winterzaubers einzudringen. Obwohl im Verlauf der Aktion etliche Leute in Gewahrsam genommen wurden, erhielt nur diese Person einen Strafbefehl wegen versuchter Nötigung eines Ordners.Wenn auch ihr noch Prozesse habt oder von Menschen mit Bambuleprozessen wißt, so macht das doch öffentlich.
Spenden auf das Bambulesolikonto sind auch weiterhin erwünscht! Bambule e.V., Postbank Hamburg ,BLZ 200 100 20 Kto.-Nr. 792 522 08 (bitte Gruppe oder Name als Betreff angeben)

Gegen Hartz-Gesetze

Die Anti-Hartz-Gruppe trifft sich jeden Dienstag, von 17.00 bis 19.00 Uhr im libertären Kultur- und Aktionszentrum, Fettstraße 23, Souterrain

Kongress- und Aktionswoche selbstorganisierter Strukturen vom 4. bis 11.April

Zum Zwecke des Austauschs, der Organisation und Aktion lädt die Autoorganisation anfang April verschiedene selbstverwaltete Projekte nach Berlin ein. Im Aufruf heisst es: "In selbstorganisierten Projekten wird unser politischer Anspruch von Herrschaftsvermeidung wenigstens teilweise im Alltag verwirklicht. Hausprojekte und Wagenburgen sind nicht nur Rückzugs- und Schutzraum, sondern gerade auch Ausgangspunkte für den politischen Kampf nach außen. Kollektives Wohnen, Volxküchen, Umsonstläden ermöglichen es, sich der kapitalistischen Verwertungslogik wenigstens teilweise zu entziehen. Arbeitskollektive und selbstverwaltete Betriebe bieten eine Alternative zu einer Arbeitswelt, die von Konkurrenz, Leistungsdruck und Individualisierung geprägt ist. Infoläden und unabhängige Medien schaffen nicht nur Gegenöffentlichkeit, sondern dienen auch der Vernetzung emanzipatorischer Projekte untereinander. Autonome Zentren bieten Raum sich zusammen zu organisieren, für politische Veranstaltungen aber auch für Kulturveranstaltungen jenseits des Mainstreams. In diesen linken Strukturen wird ein Leben ohne Rassismus, Sexismus, Nationalismus und Herrschaft zumindest vorstellbar. Es geht uns aber nicht darum, uns eine friedliche alternative Nische zu schaffen abseits der schlimmen Welt; vielmehr sind linke selbstorganisierte Strukturen eine wichtige Basis unserer politischen Kämpfe. So geht es bei dem Kampf für den Aufbau und Erhalt linker Strukturen auch darum, linke Politik als solche zu verteidigen."
Wer sich aktiv beteiligen und Workshops anbieten will, sollte sich schleunigst melden. Genaueres über Programm und Organisation erfahrt Ihr unter folgendem Kontakt:

Kontakt: Autoorganisation
c/o Infoladen Daneben
Liebigstr. 34
10247 Berlin
oder: www.autoorganisation-04.org



KTS wartet auf Initiative der Stadt

Ob eine friedliche Einigung gelingt, hängt stark davon ab, ob sich die "vernünftigen Kräfte" in der Stadtverwaltung durchsetzen
Was in der BZ vom 14.02.04 als erfolgreiches Engagement der Stadt in Sachen "Kulturtreff in Selbstverwaltung" dargestellt wird, kann für die zahlreichen VeranstalterInnen der KTS überhaupt keine Alternative sein. Dass die KTS ihr Programm "zumindest teilweise" im Jugenddenkmal unter dem Siegesdenkmal veranstalten könne, ist kein Schritt in Richtung einer langfristigen Lösung. Dieser Vermittlungsversuch der Stadt geht am Kern des Problems vollkommen vorbei. Im neu entbrannten Konflikt um die KTS geht es nicht um die Frage, wo kurzfristig einzelne Konzerte veranstaltet werden können, sondern es geht um den Erhalt eines vielseitigen selbstverwalteten Zentrums, dessen Aktivität sich keinesfalls auf die gelegentliche Veranstaltungen von Konzerten beschränkt. Der Versuch, die KTS auf eine "Event-Agentur" zu reduzieren, wird von den UnterstüzerInnen der KTS nicht hingenommen werden. Der "Kulturtreff in Selbstverwaltung" bietet weit mehr als Konzerte und Partys. Es geht dabei um die Möglichkeit, eine kostenlose Infrastruktur für zahlreiche Initiativen zur Verfügung zu stellen. Informationsveranstaltungen, Theater- und Filmvorführungen, Veranstaltungen mit ZeitzeugInnen, und Diskussionsrunden finden hier statt. Viele kulturelle und politische Gruppen haben in der KTS einen regelmäßigen Treffpunkt, ohne den ein so vielfältiges Programm nicht aufrecht erhalten werden könnte. Nicht nur die Stadt, sondern auch die in der KTS aktiven Initiativen und Einzelpersonen haben seit Einzug in das Gebäude Basler Straße 103 viel investiert. Nur Dank großem ehrenamtlichem Engagement konnte der Kulturtreff zu dem werden, was er ist. Im übrigen verwahren sich die UnterstützerInnen der KTS gegen den Versuch, in einen "vernünftigen" und einen "unvernünftigen" Flügel gespalten zu werden.

Lübeck: Walli-Demo am 28.2. CDU, Finger weg! Walli bleibt.

Am 28. Februar 2004 endet der Mietvertrag für die alternative auf der Wallhalbinsel. Es droht das Aus für alternatives Wohnen, für linke politische Initiativen und für ein einzigartiges Angebot unkommerzieller Kultur in Lübeck!
Zwar gibt es zur Zeit Verhandlungen mit CDU, Verwaltung und Vermieter (KWL). Eine Kompromisslösung in letzter Minute ist also möglich, angesichts des bisherigen konfrontativen Kurses der CDU aber noch immer unwahrscheinlich.
Skeptisch macht, dass weder CDU-Chef Sauter noch CDU-Fraktionsvorsitzender Puschaddel an den Verhandlungen teilnahmen. Gibt es kein akzeptables Angebot, das den Fortbestand der alternative als unkommerzielles Zentrum mit Wohnprojekt sichert, dann wird das Gelände ab dem 29. Februar besetzt.
Am 27. November 2003 ließ die CDU ihr jüngstes "Angebot" gegen die Stimmen von SPD, FDP und Grünen von der Bürgerschaft beschließen. Es sieht eine Verlängerung des Mietvertrages um gerade einmal 16 Monate vor. Der Vertragsentwurf, der uns inzwischen vorgelegt wurde, enthält darüber hinaus eine Jahresmiete von 26.700 Euro und ein Verbot des Wohnens in Bauwägen. Noch immer behauptet die CDU, sie wolle die alternative nicht zerschlagen,
sondern nur verlagern. Dennoch ließ sie von der Bürgerschaft dieses "Angebot" beschließen, von dem sie genau weiß, dass die alternative es gar nicht annehmen kann, wenn sie nicht ihr eigenes Todesurteil unterschreiben will. Eine Vertragsverlängerung um 16 Monate bringt nur einen unbedeutenden Aufschub. Eine Mietzahlung in der genannten horrenden Höhe wäre gleichbedeutend mit dem Ende der unkommerziellen Kultur auf der Walli. Eine Trennung des – seit
fast 20 Jahren bestehenden – Wohnprojektes von der alternative ist völlig indiskutabel.
Zur Erinnerung: Es gibt weder das "geeignete Ersatzgelände", von dem die CDU spricht, noch den Investor, der Interesse am jetzigen Gelände der alternative hätte!
Trotz breiter Unterstützung aus der Bevölkerung, trotz fast 15.000 Unterschriften für den Erhalt des unabhängigen Jugend-, Kultur-, und Kommunikationszentrums und trotz vielfältiger Aktionen und Demonstrationen mit bis zu 1.500 TeilnehmerInnen bedroht die CDU die Existenz der alternative. Lübeck will Europas Kulturhauptstadt 2010 werden. Gleichzeitig muss mit der alternative ein wichtiges kulturelles Zentrum um seinen Fortbestand

fürchten. Kultur ist aber mehr als Backsteingotik, klassische Musik und hohe Literatur. Kultur kommt (auch) von unten. Statt Weltoffenheit und Toleranz zeigt Lübecks Politik derzeit Kleinkariertheit und Provinzialität.
Am 4. Februar sagte Literaturnobelpreisträger Günter Grass dazu: "Eine Bewerbung wird desolat, wenn eine Stadt mit solchen sozialen Spannungen wie Lübeck keine alternative Szene erlaubt."
Ob die aktuellen Gespräche doch noch zu einer Lösung führen, wird sich erst wenige Tage vor Vertragsende herausstellen. Deshalb bereiten wir uns konkret auf eine Besetzung vor. Die Mobilisierung für die Demonstration am 28. Februar geht im vollen Umfang weiter. Die Walli braucht jetzt die tatkräftige Unterstützung von allen Menschen, die wollen, dass es in Lübeck weiterhin eine politische und kulturelle Vielfalt gibt.
Demonstration, 28.2.2004
12 Uhr, alternative, Lübeck
Informationen zur aktuellen Entwicklung: www.walli-bleibt.de

Veranstaltungen der KZ-Gedenkstätte Neuengamme im März und April 2004

Sonntag, 07. März, 12.00 Uhr
Alternative Stadtrundfahrt: Hamburg im Nationalsozialismus – Verfolgung und Widerstand
Die vierstündige Stadtrundfahrt kombiniert einen Rundgang über das Gelände des ehemaligen KZ Neuengamme und durch die Ausstellung der KZ-Gedenkstätte mit dem Besuch in der Gedenkstätte für die Kinder vom Bullenhuser Damm
Eine Veranstaltung des Landesjugendrings.
Teilnahmegebühr: 7 (ermäßigt 5)
Karten vor Ort und unter Tel.: 040-31796114
Treffpunkt: ZOB/Hauptbahnhof

Sonntag, 28. März, 14.00 Uhr
Die KZ-Gedenkstätte Neuengamme
Allgemeiner Rundgang mit Olaf Kistenmacher
Treffpunkt: KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Ausstellungsgebäude

Sonntag, 04. April, 14.00 Uhr
Juden im KZ Neuengamme
Thematischer Rundgang mit Jan Weyand
Treffpunkt: KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Haus des Gedenkens

Sonntag, 18. April, 14.00 Uhr
Politik mit Erinnerung – Zur Umgestaltung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme
Thematischer Rundgang mit Olaf Kistenmacher
Treffpunkt: KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Austellungsgebäude

Sonntag, 25. April, 10.00 Uhr
Der Ohlsdorfer Friedhof 1933-1945: Orte des Widerstands und der Verfolgung
Radrundfahrt mit Herbert Diercks. In Zusammenarbeit mit der Willi-Bredel-Gesellschaft und dem Landesjugendring.
Teilnahmegebühr: 5 Euro (ermäßigt 3)
Anmeldung ist nicht erforderlich
Treffpunkt: Bahnhof Ohlsdorf, Ausgang Fuhlsbüttler Straße

Sonntag, 25. April, 15.00 Uhr
Alternative Hafenrundfahrt: KZ-Außenlager, Zwangsarbeit und Widerstand im Hamburger Hafen 1933-1945
Barkassenrundfahrt mit Herbert Diercks und Michael Grill. In Zusammenarbeit mit dem Landesjugendring.
Teilnahmegebühr: 8
Karten vor Ort und unter Tel.: 040-31796114
Treffpunkt: Anleger Vorsetzen (U-Bahn Baumwall)

Viertes Treffen für eine sozialrevolutionäre Demo am 1. Mai 2004 in Hamburg

Liebe GenossInnen,
wir möchten Euch 8nochmal) zu einem Vorbereitungstreffen für die diesjährige 1. Mai-Demos einladen.
Die Demo hat das Motto: Kapitalismus abschaffen – für die soziale Revolution!
Letztes Jahr haben mehrere Gruppen angemerkt, dass sie zu spät von der Vorbereitung erfahren haben und sich deshalb inhaltlich wenig bzw. überhaupt nicht einbringen konnten. Das kann dieses Jahr anders sein, da es bis zur Demo noch Zeit ist.
Wir laden ALLE Gruppen ein, die sich mit dem Demo-Slogan identifizieren können.
Montag, 01. März, 19:00 Uhr im
Libertären Kultur- 6 Aktionszentrum
"Schwarze Katze"
in der Fettstraße 23
Tel. 432 21 24
Revolutionäre Grüße!!!

Aktionstage und Vernetzungstreffen
KTS bleibt! Finger weg von AZ's, Wagenburgen und Squats!

Vom 19.-21. März 2004 finden in Freiburg Aktionstage und Vernetzungstreffen statt. Das Motto ist "KTS bleibt! Finger weg von AZ's, Wagenburgen und Squats!"
Freitag, 19. März 2004, 18 Uhr KTS
Lecker VoKü, Städteplenum I Austausch Vernetzung, Konflikte, Selbstverständis, Perspektiven. Konzert Apatia No [Ven], Alienalja [Pl], Trocki [Pl], 2 Minute Hate Show [D]
Samstag, 20. März 2004, 13 Uhr, Stadttheater
Demonstration mit galaxisweiter Mobilisierung * * * Love OR Hate Parade * *
Trucks and artists are welcome
Danach fette Party und Konzert

Sonntag, 21. März 2004, 11 Uhr KTS
Brunch, Klatsch und Tratsch, Städteplenum II

HH: Aktion gegen Wehrmachtsausstellungsprogramm.
von wetterfeste schmuddelkinder

AntifaschistInnen der BAD WEATHER Gruppe und FreundInnen verhinderten heute (3.2. 2004) eine Veranstaltung aus dem Begleitprogramm der Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht -Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941 – 1944". Die Veranstaltung wurde von der KZ Gedenkstätte Neuengamme organisiert und trug den Titel "Leben mit dem Massengrab- werden Bundeswehrsoldaten auf psychische Belastungen bei Auslandseinsätzen vorbereitet." An dieser Veranstaltung nahmen auch eine ganze Reihe von hochrangigen Bundeswehroffizieren teil. Das Kino wurde vor Veranstaltungsbeginn besetzt und die anwesenden AntifaschistInnen forderten das Ende der Veranstaltung. Nach 1 1/2 Stunden, kontroversen Diskussionen über Sinn & Unsinn der Veranstaltung, gaben die Veranstalter nach und brachen sie ab. Die Veranstaltung fand nicht statt.

Dokumentation
Nazi-Lauti von Manfred Börm (NPD-Niedersachsen) ist Legende!
Mobiles Antifa-Kommando beendete die Karriere des Trucks!

In der Nacht vom 30.1. auf den 31.1. wurde der Hanomag-LKW von Manfred Börm aus Handorf bei Lüneburg angezündet. Manfred Börm benutzte seinen alten, roten Truck immer wieder als Lautsprecherwagen bei NPD-Demos in Hamburg und Niedersachsen.
In der Nacht vor der Wehrmachtsdemo der Nazis in Hamburg wurde die Fahrerkabine des LKWs komplett durch ein Feuer zerstört. Dieser Zeitpunkt wurde bewusst gewählt, da Antifaschisten befürchteten, auch diesmal würde der Wagen wieder als Lauti verwendet werden. Der Brand war weit von allen brennbaren Materialien und Gebäuden entfernt, es bestannt zu KEINER Zeit Gefahr für Anwohner oder Nazis. Auch wurde der Wagen komplett vor Inbrandsetzung durchsucht um zu vermeiden, daß sich noch Personen durch einen Zufall im großen Laderaum befinden. Dieser Lautsprecherwagen ist damit Legende (in Nazikreisen wurde in letzter Zeit der Wagen stolz als "Rote Legende" bezeichnet, nun haben die Nazis ausnahmsweise mal recht...:).
Nachdem erst vor kurzem der Wagen des Nazikaders Lars Jacobs(Börnsen bei Hamburg) und der von Nazianwalt Jürgen Rieger(Hamburg)abgefackelt sind, komplettierte der Abgang der "Legende" das Ganze... Aktion "Börm down the truck!!!"

Eimsbush Digger!

Interview mit Leuten von den Bauwagenplätzen Bambule und Henriette



Zeck: Bambule ist jetzt seit einem Jahr geräumt. Da ist die erste Frage: wie ist jetzt die Situation von euch? Wenn man überhaupt noch von "Euch" sprechen kann?

Bambule: Von "Euch" in dem Sinne... das ist sehr unterschiedlich. Es gibt eigentlich nicht mehr in dem Sinne die große Gruppe, sondern jeder musste sich irgendwie damit arrangieren – mit seinem weiteren Leben ohne einen festen Platz. Und so ist es natürlich gekommen, dass einige in Wohnungen gezogen oder auf anderen Wagenplätzen untergekommen sind. Und ein kleiner Teil steht halt auf der Strasse, mit Unterstützung von befreundeten Projekten oder anderen Plätzen, wo man aus vielleicht Infrastruktur nutzen kann: Wasser holen, Toiletten mitbenutzen. Aber nach wie vor gibt es keinen gemeinsamen Platz für die Leute, die auf der Straße wohnen. Und der größte Teil hat sich anders arrangiert.

Zeck: Ist es denn für die Leute, die mit ihren Wagen auf der Straße stehen, die Situation im Moment so, dass dies ohne größeren Ärger stattfindet, oder werden sie von der Polizei drangsaliert?

Bambule: Es haben immer wieder Kontrollen stattgefunden, aber im Moment ist es ziemlich ruhig geworden. Die sind da jetzt nicht mehr so hinterher, wirklich herauszufinden, wer da jetzt genau im Wagen wohnt, und die Menschen dann zu verjagen. Das sind einfach auch nicht mehr so viele. Sie lassen uns also grade weitestgehend in Ruhe. Größere Probleme sind eher, Plätze zu finden, wo man nicht ständig umziehen muss. Wie es z.B. gerade einer Kleingruppe ging, die sich ganz gut arrangiert hatte mit einer Stelle, wo sie stehen konnte. Da finden jetzt Bauarbeiten statt. Sie mussten weg und sind jetzt in Urlaub gefahren, weil sie halt auch nicht wussten, wo sie jetzt eigentlich hinsollen. Ja, und das Leben auf der Straße ist eben nicht einfach. Leute stehen mit ihren Wagen z.B. auf Parkflächen, wechseln oft die Plätze. Es bleibt immer noch so ne Angst im Hinterkopf: Es kann halt jederzeit passieren, wieder vertrieben zu werden. Die letzten Monate wars aber ruhig.

Zeck: Gibt es eine Einschätzung von euch, woher es kommt, dass es jetzt etwas ruhiger geworden ist?

Bambule: Vielleicht war es von Seiten der Stadt auch so ne Erleichterung, dass es grade ein Bisschen ruhiger geworden ist in der Stadt – nicht mehr ständige Aktionen auf den Straßen, Bambule-Gebrülle, was auch immer – und sie die Hoffnung hatten, dass wir vielleicht auch erstmal ein Bisschen ruhiger sind. Vielleicht kommt das auch dadurch, dass sich die ursprüngliche Gruppe sehr zersprengt hat, dass sich die Leute wirklich einzeln oder in kleineren Gruppen auf verschiedene Orte verstreut haben. Und es ist Winter... Ich denke, weil es grade ruhiger ist in der Stadt, und die andere Probleme haben, da können die sich nicht ständig um uns kümmern.

Zeck: Gibt es denn unter den Leuten, die jetzt noch keinen Platz oder eine andere dauerhafte Lösung gefunden haben, und denen, die untergekommen sind, noch ein gemeinsamens Projekt?

Bambule: Nö, ein gemeinsames Projekt gibt es in dem Sinne nicht. Also immer wenn jetzt z.B. drei Wagen zusammenstehen, versuchen die natürlich, sich gemeinsam zu arrangieren, oder sind füreinander da. Oder man spricht sich untereinander ab, obwohl man an verschiedenen Orten steht: Man erzählt sich gegenseitig, wie es gerade läuft, oder wie die verschiedenen Einschätzungen sind, wie lange man da stehen bleiben könnte. Aber gemeinsame Projekte beziehen sich jetzt eher allgemein auf die Wagenszene, wie man überhaupt das Problem der anstehenden Räumungen löst: Henriette und Wendebecken sollen die die nächsten Plätze sein. Da macht man sich eher Gedanken, wie sieht's da aus, wie soll's da weitergehen, wie gehen wir insgesamt damit um? Wogegen man mit seinen persönlichen Problemen, auf der Strasse zu stehen, eher alleine da steht.

Zeck: Henriette und Räumung wär ja ein Stichwort. Vielleicht kannst du was zu dieser Geschichte erzählen?

Henriette: Also es gibt einen Räumungstermin für die Henriette, der ausgeschrieben ist. Ab dem 31.3. kann geräumt werden. Vorausgegangen ist dem, dass der Bezirk Eimsbüttel uns eigentlich legalisieren wollte. Wir haben ca. zweieinhalb Jahre mit ihm um einen Vertrag verhandelt, der soweit auch unterschriftsfähig war. Es ist aber so, dass die Baubehörde, die direkt dem Senat unterstellte Fachbehörde, einen Vertrag für Wagenplätze genehmigen muss. Und das haben sie bei uns halt nicht getan und sehr deutlich gemacht, dass das eine rein politische Entscheidung ist: wegen ihren Koalitionsvereinbarungen und dem Plan, alle Wagenplätze zu räumen. Da sind wir jetzt einfach die Nächsten auf der Liste. Das Besondere an dieser Räumungsverfügung ist, dass sie, ähnlich wie die bei der Bambule, zum sofortigen Vollzug ausgesetzt ist. Das bedeutet, dass ein juristisches Widerspruchsverfahren erstmal keine aufschiebende Wirkung hat. Wir sind zwar am Prozessieren und haben auch erstmal Widerspruch eingelegt. Das kompliziert das Ganze, aber wir können trotzdem geräumt

werden, und es kann dann hinterher irgendwann vielleicht festgestellt werden, dass diese Räumung rechtswidrig war...
Das Besondere ist auch noch, dass die Henriette sich einer großen Beliebtheit und Solidarität in der Nachbarschaft erfreut. Wir haben verschiedene Initiativen, Verbände und Vereine in unmittelbarer Nachbarschaft, wie den Sportverein GrünWeiß Eimsbüttel und das städtische Jugendzentrum der Lenzsiedlung e.V., die uns sehr unterstützen und sich auch für unseren Verbleib am jetzigen Standort offen und in der Öffentlichkeit aussprechen. Auch mit den Jugendlichen hat sich das verändert. Vor Bambule war das manchmal so, dass sie mir, wenn ich an welchen vorbeikam, "Junkie" oder so hinterhergerufen haben. Seit der ganze Bambulegeschichte rufen sie jetzt "Bambule", wenn sie mich sehen. Ich ruf dann zurück: "Eimsbusch, Digger!", was mit großem Gejohle beantwortet wird.
Um unsere Räumung nachträglich zu legitimieren, wurde dann ein Planungsauftrag für das Gelände vergeben – auf einmal, obwohl es vorher im Bebauungsplan einfach als Grünfläche ausgeschrieben war.
Das Gelände gehört also der Stadt, und sie hatten nichts damit vor. Um uns herum ist in den letzten Jahren ein Spielplatz gebaut und erweitert worden, wobei wir auch in die Planungen miteinbezogen waren, und die sich mit uns abgesprochen haben, die Grundstücksgrenze von Platz und Spielplatz betreffend usw. Sie waren da sehr kooperativ. Es wurde dann auch noch ein Zaun gezogen, und sie haben uns gefragt: "Hier wollt ihr bestimmt ein Tor hinhaben, weil da eine Einfahrt von euch ist?" Sie waren also sehr nett. Und auf einmal gibt es halt diesen Planungsauftrag, und es ist auch unheimlich viel Geld bewilligt worden, um aus unserem Platz einen Park zu machen, was vorher überhaupt nie Thema gewesen war. Für den Spielplatz, der da gebaut wurde, haben in der Vergangenheit immer die Gelder gefehlt. Die konnten ganz viele Projekte, die sie da noch machen wollten, aus Geldmangel nicht verwirklichen. Und jetzt, am gleichen Tag, an dem wir unsere Räumungsverfügung bekommen haben, ist auch dieser Planungsauftrag vergeben und sind diese Gelder bewilligt worden. Die vom Spielplatz waren davon total angekotzt und betrachten das als voll das krasse Spielchen, was die mit uns machen. Um die Räumung zu legitimieren, ist auf einmal Geld da...

Zeck: Vielleicht kannst du nochmal allgemein was zum Platz erzählen, wie lang es die Henriette schon gibt? Habt ihr in irgendeiner Art und Weise eine gemeinsame Struktur auf dem Platz? Wie funktioniert ihr als Wagenplatz?

Henriette: Die Henriette gibt es auf dem jetzigen Standort an der Herlingsburg seit ca. acht Jahren. Vorher gab's den Platz vier Jahre in der Waterloostraße/Ecke Eimsbüttler Chaussee. Da wurde der Platz geräumt und ist dann halt umgezogen auf den jetzigen Standort. Als Struktur haben wir ein wöchentliches Plenum, wo wir Entscheidungen per Konsensprinzip fällen. Wir sind eine sehr heterogene Gruppe, was die daraus resultierenden Vor- und Nachteile hat. Wir haben nicht so diesen riesigen Gemeinschaftsanspruch, aber in unserem Alltag funktionieren viele Sachen sehr, sehr gut. Es ist nicht so: "Wir kochen jetzt jeden Abend zusammen." Aber es gibt schon Sachen, die wir auch hinkriegen: dass wir dann doch mal gemeinsam Kochen, wir haben immer Holz, und wir schaffen es, unseren Sperrmüll wegzubringen. Da viele von uns da ja auch schon länger leben, ist der Alltag in vielen Bereichen auch eingespielt. Man organisiert bestimmte Dinge kollektiv, aber die Tendenz ist schon eher so, dass jeder da für sich lebt und sein Ding macht. Es ensteht dann immer wieder an bestimmten Punkten eine Gemeinschaft, aber das ist sehr wechselhaft und unterschiedlich - auch wieviel Zeit Leute auf dem Platz verbringen.

Zeck: Aber jetzt habt ihr ja gerade eine gemeinsame Situation, nämlich dass ihr am 31. März geräumt werden sollt. Und so wie ich das bislang mitbekommen habe, soll das nicht einfach so hingenommen werden, sondern es gibt auch Überlegungen, da Gegenaktiviäten zu starten. Weil die Planungen ja nicht nur von der Henriette getragen werden, sondern es noch eine breitere Unterstützung in der Auseinandersetzung um den Platz gibt, könntet ihr beide vielleicht einfach mal erzählen, was denn so geplant ist?

Henriette: Wir sind gerade dabei, so ein Bisschen in die Puschen zu kommen. Es ist geplant, um den Räumungstermin herum eine Aktionswoche zu machen, die am 26./27. März losgehen wird. Der 1. April ist erstmal der offensichtlichste Räumungstermin, also ab da kann geräumt werden, und bis zum 4. April machen wir die Aktionswoche. Bislang steht noch nicht so viel Programm, aber wir wollen eine campähnliche Struktur auf unserem Platz aufbauen und hoffen auf eine breite Unterstützung und Solidarität nicht nur aus Hamburg, sondern auch aus anderen Städten. Wir wollen versuchen, auf dem Platz zu bleiben und das an dem Punkt auf jeden Fall anders zu machen, als die Bambule: Nicht geschlossen den Platz verlassen, sondern versuchen, auf dem Platz zu bleiben, den zu halten und uns da halt räumen zu lassen.

Zeck: Habt ihr denn schon ein Feedback aus anderen Städten bekommen?

Henriette: Bislang sind die Planungen noch nicht so weit gediehen, als dass es schon groß Feedback hätte geben können. Nur vereinzelt aus Umfeld oder Freundeskreis hör ich schon Stimmen, die sagen: "Natürlich, wenn ihr geräumt werdet, dann kommen wir! Na klar!" Aber es ist noch nicht so, dass ich mich trauen würde, da eine politische Einschätzung abzugeben, wie das ablaufen wird. Um das wirklich bewerten zu können, ist es noch zu früh.

Zeck: Welche Unterschiede seht ihr denn jeweils von der Situation der Henriette zur Situation von Bambule vor ungefähr einem Jahr? Oder seht ihr da überhaupt welche, von der Platzstruktur her, von dem, wie Leute da angesprochen werden können im Umfeld – Nachbarn oder so?

Henriette: Also ich seh da einen ganz massiven Unterschied, und das ist der Bekanntheits- oder der Mythos-Grad. Die Henriette ist ein Wagenplatz, der nicht in den üblichen Vierteln, sondern ein Bisschen weiter draußen, ein Bisschen versteckter liegt und sowohl in Hamburg als auch bundesweit viel, viel weniger bekannt ist. Henriette ist auch nicht so ein Name wie Bambule, der sich als Schlagwort so einprägt. Und dann haben wir auch nicht so einen Mythos im Hintergrund wie die Bambule mit dieser Nacht 1994, wo es da Barrikaden und eine wie auch immer geartete Straßenschlacht gab. Auch die offene Struktur der Bambule, wo es diese Straße gab, wo viele Leute sich mit ihren Ellis hingestellt haben. Leute, die mit dem LKW unterwegs sind, die wussten: "Ah ja, Bambule, im Viertel!" Kennt man einfach so. Auf der anderen Seite denke ich dann auch, dass nach diesen ganzen Bambule-Sachen im vorletzten und letzten Jahr das Thema Bauwagenplatzräumung in Hamburg schon einen gewissen mobilisierenden Effekt haben könnte. Dass Leute denken: "Ah, Wagenplatzräumung. Ah, Hamburg. Da wird was gehen. Ok, wir kommen!"

Bambule: Da würd ich jetzt auch direkt anknüpfen, weil ich genau da auch den Unterschied sehe. Nämlich bei den Plätzen, die vor uns geräumt wurden - Paciusweg, Schützenstrasse, Hellgrundweg - ging das sehr leise vonstatten, das hat man kaum mitbekommen. Es gab vielleicht höchstens eine Minispalte in der Zeitung, im Endeffekt hat's keinen interessiert. Und wir hatten dann so eine Vorreiterposition oder so. Wir hatten auch eine Aktionswoche, und wir hatten Wagentage gemacht, um überhaupt erstmal auf das Problem aufmerksam zu machen, um den Menschen überhaupt erstmal nahe zu bringen, was Leben im Wagen überhaupt ist. Keiner wusste vorher was davon. Viele Menschen, also "Normalbürger", wussten nicht, was ein Wagenplatz ist, und dass es da überhaupt einen gibt in dieser Straße. Mit diesem Problem überhaupt umzugehen, überhaupt erstmal die Presse für uns zu interessieren, war verdammt harte Arbeit. Bei unsere ersten Aktionen hatten wir auch Presse eingeladen, und wenn wir Glück hatten, dann ist ein Reporter gekommen. Da gab's noch überhaupt kein Interesse an Wagenaktionen, und auch in der Szene war das Interesse noch nicht so groß. Auf unserer erste Wagendemo am Anfang der

Aktionswoche waren hauptsächlich die Leute, die wir eingeladen hatten, von anderen Plätzen und aus anderen Städten. Es sind kaum Menschen gekommen, die nicht schon eh einen Bezug hatten zum Leben in Bauwagen. Das hat sich erst langsam durch die ganzen Aktionen gesteigert, die wir uns haben einfallen lassen. Und durch die Unterstützung, die dann immer größer wurde und die dann möglich gemacht hat, dass wir hier Riesendemos hatten, dass wir plötzlich fette Schlagzeilen hatten, dass wir in den Nachrichten waren, dass Bambule nicht irgendein Wagenplatz war, der irgendwann mal abgeräumt wurde, sondern Bambule richtig ein Begriff wurde. Nicht nur die Definition von Bambule - Aufruhr machen, oder was auch immer dahinter steht -, sondern der ganze Name wurde ausgefüllt, mit den LKWs, mit denen wir durch die Stadt gezogen sind, mit den Aktionen, mit den Menschen, die da halt gelebt haben. Es gab Filme, es gab alles... und plötzlich war den Menschen das näher. Oder sie haben mitgekriegt: "Die werden da voll verarscht von der Politik!" oder: "Die finden da keine Lösung, die werden da durch die Stadt getrieben, überall gibt's Staus und dann schicken sie sie in die Hundehalle!" Alle konnten diese Story verfolgen, und es ist transparenter geworden. Dadurch wurden die Leute auf das Problem aufmerksam gemacht. Das gab's alles vorher nicht. Und das war wirklich ein harter Weg Arbeit, das alles auf die Beine zu stellen, weil wir schon im Sommer die Wagentage hatten, und ein halbes Jahr später war dann die Aktionswoche mit der anschließenden Räumung. Deswegen denke ich, dass das jetzt vielleicht zumindest leichter ist für die Wagenplätze. Zum Besipiel bei der Presse. Dass wenn man eine Aktion macht oder wenn man zu einer Pressekonferenz einlädt, dass da auch welche kommen, dass die wissen: es gibt immer noch dieses Problem, das ist in Hamburg aktuell, immer noch. Das ist vielleicht sone Art kleiner Vorsprung?

Klar war die Bambule durch die Strasse bekannter, weil die so offen war, und weil Menschen von überall dorthin kommen konnten, uns besuchten. Aber, wie du schon meintest, wenn jetzt ein Wagenplatz in Hamburg geräumt wird, gibt es auch so ein: "Ah, wieder ein Wagenplatz in Hamburg! Dann fahren wir da mal hin, da kann man was tun, da kommen bestimmt auch ganz viele andere!"

Henriette: Ja, das bemerkenswerte ist, und da möchte ich nochmal an dich anknüpfen, dass Bambule nicht nur 94 einen Mythos geschaffen hat, sondern jetzt halt auch. Was man so von Leuten aus anderen Städten mitkriegt, was die denken, was in Hamburg los ist oder los war, das ist wirklich unglaublich. Natürlich ist es auch bemerkenswert, was in der Bambule-Hochphase hier so lief, aber ich will das auch gar nicht überbewerten, so von diesem riot-Gedanken - "In Hamburg ging's voll ab!" - her. Die Repression war halt unglaublich, und dass es da dann auch



Reaktionen von uns drauf gibt ist klar. Aber ich hab es jetzt nicht so empfunden, dass hier wirklich unheimlich viel mehr ging. Mit der Bambule-Räumung 2002 ist jetzt schon wieder so ein neuer Mythos geschaffen worden, der für uns vielleicht gut ist, weil die Leute schon viel mehr sensibilisiert sind für das Thema. Vor der Bambulegeschichte waren da 200 Leute, wenn es irgendwelche Bauwagendemos in Hamburg gab. Die Leute, die selber im Wagen wohnen plus deren Freunde und Umfeld. Und – das ist zumindest meine Wahrnehmung gewesen - es war derbe uncool auf so ne Bauwagendemo zu gehen: "Ach, das sind die Bauwagenhippies", da interessierte sich eh keiner für. Aber seit diesem Bambule-Ding ist es das Szenethema. Und gerade in der Szene hat sich, wie dieser Konflikt um Wagenplätze wahrgenommen wird, unheimlich viel verändert. Die Dosengartengruppe, die wirklich unheimlich viele Besetzungen gemacht hatte, ich glaub das waren über 40 Besetzungen und das ist auch schon ein paar Jahre her, die hat überhaupt nicht soviel Aufmerksamkeit gekriegt. Auch nicht innerhalb der Szene. Das hat sich halt geändert.

Bambule: Das war aber auch eine andere Situation.

Henriette: Klar, es war auch eine andere Situation, eine andere Regierung und so weiter. Aber das Ergebnis war, dass die eben auch keinen Platz gekriegt haben und dann auf einen anderen draufgepackt worden.

Zeck: Ich hätte ja zwei Thesen in diesem Zusammenhang. Die erste lautet, dass die Dynamik der Bambuleproteste ganz wesentlich mit der Anti-Schill-Stimmung in der Stadt zu tun hatte, unabhängig davon, dass natürlich auch diese Aktionswoche und das organisierte Verhalten ganz wesentliche Punkte waren. Das ist nach meiner Wahrnehmung auch deutlich geworden, als die Person Schill dann nicht mehr im Zentrum der Politik stand. Das ist letztendlich eine Situation, in der man sich jetzt damit schwer tut, die Leute zu mobilisieren. Allein schon weil "Schill muss weg" als Parole nicht mehr funktioniert, die ja eine unglaubliche Dynamik und Zugkraft entwickelt hatte. Ein anderes Problem ist, und das fänd ich auch nochmal einen spannenden Punkt, dass die Aktionsformen von Wagenplätzen sich sehr verändert haben. Also die klassische Wagendemonstration ist ja tatsächlich eine Demo, die sich genau an die eigene Zielgruppe richtet, am besten mit Wagen unterwegs sein. Und das hat sich im Zuge von Bambule ganz anders entwickelt. Also da gab's dann ja irgendwann diese Demonstrationen, wo eben der Wagen dann gar nicht mehr großer Bestandteil war, sondern wo sich halt beispielsweise nach dem Fußballspiel eher ein größerer Mob zusammengefunden hat, der dann Bambule rufend durch die Straße gezogen ist. Wo's dann natürlich auch für Leute einfacher ist, dran anzuknüpfen. Würdet ihr das so teilen von der Einschätzung?

Henriette: Ich glaub erstmal nicht, dass Wagendemonstrationen, die es früher gab, sich an die eigene Zielgruppe gerichtet haben. Wie Transparente ein üblicher Gebrauchsgegenstand auf Demonstrationen sind, so ist das Mitführen eines Fahrzeuges oder eines Bauwagens auf einer Demonstration, wo's eben um dieses Thema geht, halt genauso üblich. Was ja jetzt auch immer mehr von Seiten der Polizei verboten wurde, ist, dass überhaupt Fahrzeuge an solchen Demonstrationen teilnehmen dürfen, weil sie sie als vermutliche, tendenzielle Tatwerkzeuge verorten. Ich glaube eher, dass die Popularität dieses Themas sich dank Bambule erheblich erhöht hat, sowohl in unserer eigenen Szene als auch in den Medien. Und natürlich passt das auch gut zusammen mit dieser Schillgeschichte, die du angesprochen hast. Wenn man sich so die letzten Jahre anguckt, ist es ja nicht so, dass erst seit dieser Regierung Wagenplätze geräumt

Hamburg: Fair Play!? Nachspielzeit!

Stellungnahme der "AntifaKoordination/Hamburg" zum 31.01.

Stellungnahme der "AntifaKoordination /Hamburg" zu den Vorfällen am Beginn der antifaschistischen Demonstration gegen den Naziaufmarsch in Hamburg am 31. Januar 2004.

Der Spielzug...
Es ist in der Zwischenzeit schon viel gesagt und geschrieben worden. Wir als politische TrägerInnen der Gegenaktivitäten haben uns entschieden zu den Vorfällen am Beginn unserer Demonstration, Stellung zu nehmen.
Unser erklärtes Ziel zu Beginn der Mobilisierung zu den Aktivitäten gegen den Naziaufmarsch war es, eine große, politisch breite und entschlossene Demonstration zu organisieren. Um dieses Ziel zu erreichen, sind wie bei jeder bündnispolitischen Aktivität, Kompromisse unverzichtbar. Dies bedeutet, dass alle Beteiligten neben einem gemeinsamen Aufruf, einem gemeinsamen Plakat und gemeinsamen Veranstaltungen auch bei der Ausrichtung, bzw. beim Konzept der Demonstration, kompromissfßhig sein müssen. Wer dazu nicht in der Lage oder Willens ist, sollte eigene Aufrufe, Plakate, Aktionen und Demonstrationen organisieren.
Im Sinne dieses gemeinsam getragenen Ziels war auch die ausdrückliche Aufforderung zu verstehen, auf das Mitführen jeglicher Nationalfahnen zu verzichten. Diese Entscheidung basierte u.a. auf der Hoffnung, solche handgreiflichen Auseinandersetzungen, wie schon anderorts vorgefallen, bereits im Vorfeld zu verhindern. Diese haben wir allen organisierten Strukturen, die wir mit über 15 Veranstaltungen in mehr als 10 Städten zu unserer Demonstration einluden, vermittelt. In kaum einer Stadt gab es zu diesem Punkt Diskussionsbedarf.
Im Vorbereitungskreis der Demo war besprochen worden, sollten solche Fahnen auftauchen, werden die TrägerInnen angesprochen und gebeten, die Fahnen einzurollen oder sich im hinteren Teil der Demo einzureihen. Sollten sie dieser Bitte nicht nachkommen, werden sie aus der Demo geschoben. Dies sollte ohne größeres Aufsehen, bzw. ruhig und ohne Handgreiflichkeiten ablaufen. Eine körperliche Auseinandersetzung war von niemandem gewünscht, wurde und wird von uns nicht gewollt. Wie schon erwähnt, haben wir unser Konzept im Vorfeld transparent gemacht und standen einer politischen Auseinandersetzung zur Verfügung.

Das Foul...
Ca. 20 Personen aus dem sog. "antideutschen" Spektrum Berlins [Sicher wissen wir: Personen u.a. von der Redaktion Bahamas, Autonome Antifa Nordost [AANO], sowie der kp-berlin] versuchten sich bei Start der Demo mit ca. 5 Israelfahnen, 1 USA-, 1 GB-Fahne sowie zwei Transparenten in die Demo zu drängen. Dies geschah zwischen der dritten und vierten Kette, d.h. eindeutig im Bereich der organisierten Hamburger Gruppen. Unsere Ketten reagierten großenteils gemäß der Absprache. Sie versuchten, die Reihen zu schließen und den Weg in die Demo an dieser Stelle zu versperren. Parallel zu dieser Aktion versuchten wir als Demoleitung über den Lautsprecherwagen zu beruhigen und zu deeskalieren. Wir forderten die FahnenträgerInnen auf, das Konzept der Demonstration zu respektieren, die Provokationen zu unterlassen und sich doch bitte, wenn sie ihre Fahnen schon zeigen wollen, im hinteren Teil der Demo einzureihen. Diese Ansagen wurden von der Gruppe ignoriert. Es entstand eine äußerst unübersichtliche Situation, die eskalierte. Viele umstehende Personen mischten sich in die Auseinandersetzung ein. In dieser Situation begannen die FahnenträgerInnen mit ihren Fahnen in die Demo zu schlagen. Mindestens einem Demoteilnehmer zerbrach eine Fahnenstange auf dem Kopf. Anschließend stachen Einzelne mit ihren Fahnenstangen auf Augenhöhe in die Demo. Die ganze Aktion dauerte keine zwei Minuten. Die Polizei zog daraufhin eine Kette zwischen Demo und AngreiferInnen. Drei der sog. "Antideutschen" wurden festgenommen. Um Ruhe in die Situation zu bringen, formierte sich der erste Block unserer Demonstration und ging los.

Rote Karte...
Als politische TrägerInnen der Gegenaktivitäten werten wir diese geplante Aktion der sog. "Antideutschen" als Angriff auf eine antifaschistische Demonstration. Der Rahmen der politischen Auseinandersetzung wurde mit dieser Aktion verlassen:

1. Eine solche Aktion und die damit verbundene Auseinandersetzung ist dazu in der Lage eine komplette Demonstration in ihrer Außenwirkung völlig zu verzerren und zu gefährden. Sie kann der Polizei als Legitimation späterer Repression dienen.

2. Es lag nie im Interesse der sog. "Antideutschen", bei unserer Demonstration mitzulaufen. Dies haben sie auf mindestens zwei Vorbereitungsveranstaltungen in Berlin deutlich gemacht.

3. Sie wussten, dass Nationalfahnen auf unserer Demonstration nicht erwünscht waren. Sie wussten, dass wir versuchen, unser Konzept durchzusetzen und so eine Provokation nicht tolerieren werden.

4. Sie suchten genau die Situation, die dann eintrat. Offensichtlich suchten sie die Eskalation um sich im Nachhinein zu Opfern stilisieren zu können.

5. Die organisierten Strukturen innerhalb der Demo versuchten koordiniert, ruhig und entschlossen zu reagieren. So wie es innerhalb der Vorbereitung beschlossen war. Wenn einzelne Personen in und außerhalb der Demo über oder sogar falsch reagierten, ist dies zu thematisieren und zu kritisieren.
Jedoch darf nicht die Umkehr von Angegriffenen zu Angreifenden begangen werden.

6. Wir distanzieren uns von antisemitischen Rufen und Sprüchen, die von einzelnen Personen am Rande der Demo gerufen wurden und verurteilen diese aufs Schärfste. Leider waren diese in der unübersichtlichen Situation nicht zuzuordnen. Solche Leute haben auf antifaschistischen, linken Demonstrationen nichts zu suchen.

7. Wir wenden uns gegen jegliche Form von Antisemitismus und Relativierung nationalsozialistischer Verbrechen.

8. Wir erwarten von Gruppen, inner- wie außerhalb Hamburgs, die mit den ProvokateurInnen eine Zusammenarbeit pflegen, eine öffentliche Distanzierung von dieser Aktion und ihrer BefürworterInnen. Es ist an ihnen eine weitere Spaltung der antifaschistischen Bewegung zu vermeiden.

9. Wir werden auch in Zukunft solche Provokationen und Angriffe auf unsere Veranstaltungen, Aktionen und Demonstration nicht dulden und sie nach Kräften unterbinden.

Nach dem Spiel ist vor dem Spiel...
Wir werden auch zum nächsten angekündigten Naziaufmarsch am 27. März nach Kräften weiter mobilisieren und unser möglichstes tun, um diesen zu verhindern. Alle Antifaschistinnen und Antifaschisten, die mit uns gemeinsam und entschlossen an die Erfolge des 31. Januar anknüpfen wollen, sind herzlich eingeladen und aufgefordert, sich zu beteiligen!

Mit antifaschistischen Grüßen

Anarchistische Gruppe/RätekommunistInnen [AG/R]
Antifa-Info-Telefon, Hamburg
Antifaschistische Aktion Harburg
Autonome Gruppen Hamburg
Autonomer Rabatz - Gruppe Hamburg [AR-GH]
Avanti - Projekt undogmatische Linke, Hamburg
Rote Aktion Hamburg
t.a.p.e

Gaußstraße, alle sind sie noch da und für jeden lohnt es sich.

Zeck: Meine Frage war eigentlich auch, ob es von Bambule noch die Forderung nach einem Platz gibt?

Bambule: Ja, natürlich. Also das hatte ich automatisch schon mit eingeschlossen. Wenn man für die Wagenplätze kämpft, geht es auch um einen Platz für uns und darum, einfach Wagenplätze zu akzeptieren als Lebensform, als Wohnform. Und wir brauchen natürlich immer noch einen Platz, wir sind immer noch Menschen, die, wie ich schon sagte, auf der Straße wohnen mit ihren Wagen. Und die Wagenplätze, die es noch gibt, werden immer voller. Weitere neue Plätze können nicht schaden und ich will auch einen haben.

Zeck: Mich würde noch interessieren was für eine Perspektive ihr mit der Mobilisierung gegen die Räumung, außer die Räumung zu verhindern, also darüberhinaus, verbindet? Ob's da noch andere Sachen gibt, die ihr im Kopf habt, die ihr hofft, erreichen zu können? Und auch vielleicht eine Vorstellung davon, wie sich das vielleicht herstellen ließe?

Henriette: Die Frage, was ich mir davon verspreche oder erhoffe, die kann ich erst mal nur für mich persönlich beantworten. Mein primäres Ziel ist erst mal zu versuchen, die Räumung der Henriette zu verhindern. Und daran knüpfen sich Sachen an, dass ich natürlich die Bambule in ihrer Forderung nach einem neuen Platz unterstütze, dass ich eine Bestandsgarantie für alle Wagenplätze haben will. Es wird sich dann herausstellen, wie erfolgreich wir sein werden damit. Das kann ich jetzt noch nicht so sehn. Die Repression wird noch immer mehr und es wird immer weniger möglich sein. Ich hoffe natürlich, dass sich an diesem Thema nochmal Leute politisieren, oder dass dieser Kampf halt so weiter geht. Das ist ein total wichtiger Teilbereichskampf, so eine Forderung nach einem selbstbestimmten Wohnen und Lebensraum, wo Menschen selbstbestimmt ihr Leben gemeinsam organisieren, um den Individualisierungstendenzen was entgegenzusetzen und eigene Konzepte zu entwickeln: Wie will ich eigentlich leben und in was für einer Form? Wo's mir erstmal egal ist, ob's nun ein Bauwagenplatz ist oder ein Haus oder eine Fabriketage. Darum geht es nicht. Sondern es geht darum, dass Menschen sich gemeinsam organisieren und für ihre eigenen ganz konkreten sehr existenziellen Interessen etwas machen. Ob das nun ein Bauwagenplatz ist oder irgendwas anderes, ist dann nicht wichtig, wobei ein Wagenplatz da vom Anblick erstmal so ganz offensichtlich nicht der Norm entspricht. Und das vielleicht so in die Köpfe zu tragen, über die eigene Szene hinaus. Dass es halt Menschen gibt, die wollen so leben und warum soll das nicht gehen?

Bambule: Das finden viele total schwer vorstellbar, in einem Wagen wohnen zu können.

Zeck: Du hast es ja schon gerade angesprochen: Neuer Senat. Es stehen ja Wahlen unmittelbar bevor. Inwieweit beinflusst das denn jetzt eure Kampagne oder eure Aktion? Setzt ihr darauf Hoffnungen?

Henriette: Es macht das Ganze spannend. Wenn man dann so bei einem Bierchen zusammensitzt, dann überlegt man: Hm, wie wäre das, was für eine Konstellation würde vielleicht irgendwas bewirken, wo bestehen mehr Hoffnungen? Und so weiter. Aber im Prinzip hab ich da null Hoffnung und ich setze da gar nichts drauf, was für ein Senat das sein wird. Rot-Grün hat oft genug bewiesen, dass auch sie Wagenplätze nicht dulden werden. Die machen es vielleicht ein Bisschen eleganter, nicht drei Plätze sondern nur einen pro Jahr zu räumen. Die hauen halt nicht so offensiv auf die Pauke, wie es dieser Senat jetzt bei der Bambuleräumung getan hat. Aber es ist absolut egal, wer an der Macht ist. Was wir hier durchsetzen werden an Projekten oder Wagenplätzen, das liegt an uns oder wie stark eine soziale Bewegung ist, die für sowas kämpft. Oder was für ein Echo das gibt. Ich selber bemerke bei mir auch schon so eine fatalistische Grundstimmung, dass ich nicht das Gefühl habe, dass es möglich wäre, Plätze zu erkämpfen oder alte Plätze, die es schon gibt, zu halten. Und das macht mir auch total Angst. Das sind immer so Kämpfe, um was zu verteidigen, was zu halten. Und in den letzten Jahren ist immer mehr verloren worden. Aber ich sehe nicht so richtig diese Aufbruchstimmung, dieses "Jeah, wir machen was, was nach vorne losgeht! Wir holen uns einen neuen Platz!" und so. Wobei ich erstmal nicht denke, dass es so völlig unmöglich wäre, aber dazu müsste sich vielleicht auch so eine Stimmung ändern oder auch der Mut, sowas zu wagen. Aber das ist bei mir auch grad nicht so.

Bambule: Erstmal behalten wir die Henriette.

Henriette: Aber ich würde das natürlich begrüßen, wenn auf einmal ganz viele neue Gruppen aus dem Boden sprießen und sich denken: "Ey, wir holen uns jetzt einen neuen Platz." Da würde egal welcher Senat auch immer ordentlich ins Schwitzen kommen, wenn es plötzlich fünf neue Gruppen gäbe, die irgendwelche Plätze besetzen. Die scheinen ja die Illusion zu haben: "O.k., wenn man Druck ausübt, einen Platz nach dem andern räumt, dann wird sich dieses Problem irgendwo erledigen. Wir schieben irgendwelche Gruppen hier zusammen auf den Platz und dann verstehn die sich auch nicht und dann legt sich das Problem von selbst." Und zu zeigen: "Hey, es gibt uns und wir wollen diesen Wohnraum und wir ziehn das auch durch!", das seh ich gerade nicht. Da find ich halt Berlin so'n ganz schönes Beispiel. Obwohl in Berlin in den letzten Jahren auch unheimlich stark gegen die Plätze vorgegangen worden ist, habe ich dennoch das Gefühl, in Berlin gibt es gerade so diese Grundstimmung: Es ist möglich, etwas zu erreichen. Und das seh ich hier im Moment gar nicht so, dass irgendwer sich Hoffnung machen würde, mit einem ganz neuen Platz neu anzufangen. Und ich glaube, es würde die Stimmung auch ändern, wenn es neue Gruppen geben würde.
Die Schützenstrasse ist ja praktisch zweimal geräumt worden. Die alte Gruppe, die da stand hat wenig Perspektive gesehen, soweit ich weiss, den Platz zu halten. Sie haben den Platz still verlassen, und dann haben halt Leute diesen Platz neu besetzt – da war ich wirklich erstaunt. Jugendliche Kiez-Punks, die diesen Platz neu besetzt haben und da in einer echt schon kalten Jahreszeit in Iglu-Zelten gewohnt haben. Die haben da echt angefangen, ein neues Projekt aufzubauen. Das hatte in dieser Zeit mir, und ich glaube auch anderen Leuten, Hoffnung gemacht, dass noch was möglich ist. Und dann wurden sie geräumt, und es war vorbei. Das fand ich auch unheimlich beschämend oder traurig, dass an dem Tag der Räumung Leute, die da waren, um was zu tun oder um die Leute zu unterstützen mit ihrem Platz, hauptsächlich Leute aus einer Punkszene waren. Und aus der Polit- oder Autonomenszene waren unheimlich wenig Leute da, was nach der Bambule-Räumung anders gewesen war. An diesem noch jungen Beispiel zeigt sich sehr schön, was für ein Nieschen-Thema die Wagenplatzthematik war.

Bambule: Eins sollten die Politiker in Hamburg nicht vergessen. Nämlich dass Wagenplätze sich nicht in Luft auflösen, indem man sie räumt, dass die Leute trotzdem noch vorhanden sind. Auch wenn man sie von einem Platz wegjagt, gibt es sie noch, die sterben dadurch nicht aus. Deswegen ist es halt auch so wichtig, jetzt nicht aufzuhören und die Henriette zu unterstützen.

Zeck: Ihr habt jetzt ein eher depressives Bild beschrieben von der Wagenplatzszene. Das legt natürlich die Frage nahe, ob der Schwung von Bambule innerhalb der Wagenszene mittlerweile relativ verebbt ist, würdet ihr das so wahrnehmen?

Bambule: Wenn ich jetzt von Seiten der ehemaligen Bambule-Bewohner spreche, ist da irgendwann der Schwung weg gewesen, weil die Kräfte weg waren. Eigentlich ist es erstaunlich, dass wir überhaupt so lange durchgehalten haben, ohne umzufallen. Es ist einfach ein ungeheurer Kraft- und Energieaufwand, das durchzuhalten und immer präsent zu sein, wenn man noch nicht mal wirklich was zum Wohnen hat, wenn man nirgendwo zur Ruhe kommt und alle mal eine Pause brauchen. Ich glaube, dass viele

Menschen der Wagenszene sich jetzt erst wieder anhand der nächsten Räumungen, die anstehen, das so richtig real machen müssen als Betroffene. Was bei uns auch ein Bisschen so war. Wir haben auch bis zur letzten Sekunde gebetet, dass das nicht passieren würde. Vielleicht kann man es sich auch nicht richtig vorstellen, das ist nicht greifbar, so eine Räumung, bis es einem dann wirklich an den Kragen geht. Wo man vorher so ein Bisschen vor sich hin kreucht und fleucht, mit seinen eigenen Problemen beschäftigt ist....

Henriette: Ich glaube, dass viel auch so eine Erwartungshaltung da ist oder da war - damals an die Bambule: "Wann macht ihr denn wieder mal was?" Viele Leute haben vergessen, was für ein unheimlich krasser Druck und für eine beschissene Lebenssituation das ist, nicht mal eben nach Hause gehen zu können, weil es dieses Zuhause einfach nicht gibt. In so einer Situation, in der man so persönlich und intim betroffen ist, diese Kraft und diese Ausdauer zu haben, wie die Bambule immer wieder neu loszustarten - das wird immer wieder gern vergessen. Ich empfinde es als anstrengender für meinen eigenen Wohnraum zu kämpfen, den ich dann vielleicht auch irgendwann gar nicht mehr habe, anstrengender als in irgendeiner anderen politischen Kampagne, wo ich von einer sicheren Lebenssituation aus Kraft schöpfen und da neu ran gehen kann. Auf der anderen Seite, je doller man selber persönlich betroffen ist, umso motivierter ist man, den Arsch hoch zu kriegen und was zu machen.

Bambule: ...und sich auch nicht entmutigen zu lassen durch Sachen wie: "Bei der Bambule war das aber alles anders.", sondern vielleicht zu denken: "Wir sind zwar anders, aber wir sind auch wer. Wir machen's halt anders, aber da passiert auch was." Halt nicht vergessen, dass man selber auch was bewirken kann. Wir waren vorher auch eine zufällig zusammengewürfelte Gruppe. Durch die Lage des Platzes an der Strasse, die so offen war, dass sich jeder dahinstellen konnte, hat sich eine Gruppe entwickelt, die zusammen echt einiges geschafft hat, was ich im Nachhinein ganz schön überraschend finde.

Henriette: Auch über so einen langen Zeitraum.

Bambule: Man darf seine eigene Kraft nicht unterschätzen. Jede kleine Gruppe kann was tun. Auch wenn man nicht im Wagen wohnt, kann man sich trotzdem was einfallen lassen.

Henriette: An dieser Stelle an die werte LeserInnenschaft: seid kreativ, denkt euch was aus, lasst uns nicht alleine!

Zeck: Das wird dann fett gedruckt. Ich hab dann auch gar keine Fragen mehr. Das war ein schönes Schlusswort, dann bedanken wir uns...

Bambule Reloaded:

Die Räumung der Wagenplätze Henriette und Wendebecken verhindern! Aufruf zur Demo am 26.03.2003 und den Aktionstagen

Bereits seit einigen Wochen steht fest, dass am 01.04.2004 der Wagenplatz Henriette in Hamburg-Eimsbüttel geräumt werden soll. Spätestens im Herbst diesen Jahres soll dann der Wagenplatz Wendebecken geräumt werden.
Allem Anschein nach soll das, was unter Schwarz-Schill als Koalitionsvereinbarung festgeschrieben wurde, nämlich die Auflösung aller Wagenplätze in Hamburg bis 2006, auch trotz Neuwahlen und ohne Schill-Partei unvermindert fortgesetzt werden.

Innerhalb kurzer Zeit werden zwei Projekte in Hamburg angegriffen, damit spitzt sich Ende März der Konflikt um Bambule und die weiteren Wagenplätze auf einen neuen Höhepunkt zu.
Wir wollen dieser weiteren Eskalation nicht tatenlos zusehen, sondern mobilisieren bundesweit zur Verteidigung der Wagenplätze nach Hamburg.
Wir fordern alle, auf sich am Widerstand zu beteiligen und die Fortsetzung der Räumungswelle am 01.04. zu verhindern.

BAMBULE DURCHSETZEN

Die Bambule ist seit mittlerweile über einem Jahr geräumt. Seit der gewaltsamen Auflösung des Platzes im Karoviertel sind auch aufgrund der anhaltenden Proteste weitere Räumungen ausgeblieben. Mittlerweile scheint der Bonus "Bambule" jedoch aufgebraucht. Der Senat weigert sich nach wie vor, neue Verhandlungen mit Bambule aufzunehmen und ein neuer Platz wird verweigert. In dieser Situation haben sich die Senatsbehörden entschlossen, neue Räumungen zu starten. So manche ehemalige BewohnerInnen der Bambule, die vorübergehend aus Solidarität bei anderen Wagenplätzen untergekommen sind, dürfen sich jetzt statt auf einen neuen Platz auf eine weitere Räumung vorbereiten. Wohin die geräumten Bauwagenbewohner sollen, ist dabei nach wie vor völlig ungeklärt.

WAGENPLATZ HENRIETTE VERTEIDIGEN

Im Zentrum der Fortsetzung der Räumungen von Wagenplätzen steht der Wagenplatz Henriette. Dieser ist seit 1995 besetzt und ist der letzte verbliebene Platz in Eimsbüttel. Der Platz hat im November letzten Jahres eine Räumungsverfügung zum 31.03.2004 erhalten und soll ersatzlos aufgelöst werden. Die Henriette wurde jahrelang vom Bezirk geduldet und die BewohnerInnen standen kurz vor einer dauerhaften Vertragsunterzeichnung. Um eine solche Lösung zu verhindern, zog im November 2003 die Baubehörde die Richtlinienkompetenz an sich und verweigerte Bezirk und BewohnerInnen eine vertragliche Regelung. Den Hintergrund bilden jedoch nicht etwaige andere Pläne mit dem Gelände, auf dem die Henriette steht oder Ärger mit NachbarInnen. Die Henriette ist fest im Stadtteil verankert und besitzt viele Sympathien in der Nachbarschaft. Anlass zur Räumung ist laut Bausenator Mettbach stattdessen der politische Wille, die Koalitionsvereinbarung von 2002 umzusetzen und alle Wagenplätze räumen zu lassen. Die Henriette wird den Platz aber weder am 01.04. noch danach freiwillig verlassen und fordert alle zur Solidarität und aktiven Unterstützung für den Erhalt des Platzes auf. Die Räumung der Henriette ist ein politisches Signal, mit dem Bezirk und Behörden die Unumkehrbarkeit der Auflösung der Hamburger Wagenplätze zum Ausdruck bringen wollen. Doch damit nicht genug, soll am 31. August diesen Jahres auch noch der Wagenplatz Wendebecken in Barmbek geräumt werden.

DER NEUEN REGIERUNG DIE ZÄHNE ZEIGEN

Die Räumung der Wagenplätze wird insbesondere vor dem Hintergrund eines dann neuen Senates von großer Bedeutung für die weitere Entwicklung in Hamburg sein. Bambule würde durch diese ersten Räumungen seit November 2002 zur Geschichte erklärt werden und neuen Verhandlungen über Plätze in Hamburg wird

hierdurch definitiv eine Absage erteilt. Zudem werden durch die zeitnahen Angriffe auf zwei Wagenplätze dadurch Fakten geschaffen, dass so viele Plätze wie möglich, so schnell und kompromisslos wie möglich, gewaltsam geräumt werden.
Mit dieser Linie wird in Hamburg eine Politik fortgeführt, die bereits unter rot-grün mit Olaf Scholz begonnen hat und mit der rechtspopulistischen Regierung von Schill und Beust ihren bis heute traurigen Höhepunkt erreicht hat. Die Räumung der Henriette gerade mal vier Wochen nach der Wahl wird auch ein Gradmesser dafür sein, wie es gelingt, dem neuen Senat, breiten sozialen und politischen Widerstand entgegenzusetzen.

GEGEN SOZIALABBAU UND STANDORTLOGIK

Die Räumung der Hamburger Wagenplätze steht für einen politischen Ansatz, der eine autoritäre Umstrukturierung der Stadt zugunsten repressiver Gesellschaftsentwürfe verfolgt. Wir sehen den Widerstand gegen Räumungen im Zusammenhang und als Bestandteil anderer Kämpfe gegen solche Herrschaftsstrategien. Die Schließung des Fixstern und die weitere Umgestaltung von sozialpolitischen Angeboten hin zu Repressionsinstrumenten (geschlossene Heime, Zwangsarbeit für Arbeitslose, soziale Kürzungen) ist für uns Teil dieser Auseinandersetzungen.
Wir wollen bundesweit Wagenplätze, linke Zentren und Projekte als Auseinandersetzungsfelder erhalten, als Orte der Differenz, die für eine radikale Verneinung der gesellschaftlichen Machterhaltungsdiskurse stehen. Die Demonstration richtet sich daher auch für den Erhalt der aktuell bedrohten Projekte Wagenplatz am Hafen in Kassel, Walli in Lübeck, Alte Meierei in Kiel, Plan-B in Oberhausen, Ex-Steffi in Karlsuhe und KTS in Freiburg.

Wir wollen diese Projekte auch als Symbol für einen von unterschiedlichen Spektren getragenen Kampf um Formen von Selbstbestimmung verteidigen. Als zukünftige Ausgangspunkte der Kritik, des Widerstandes und der gesellschaftlichen Aneignung.
Denn die heutige Formierung repressiver Gesellschaftsentwürfe ist kein reines Hamburger Phänomen, sondern bundesweiter Ausdruck eines neoliberalen Zeitgeistes. SPD, CDU, FDP, GAL unterscheiden sich zwar teilweise in ihren Formen der Umsetzung von Inhalten, aber nicht in deren Eckpunkten. Wirtschafts- und Standortfaktoren sind das alleingültige politische Primat, dem alles andere untergeordnet wird. Punktuelle Unterschiede sozialliberaler, integrativer Herrschaftsformen verschwimmen daher zunehmend mit rechtskonservativen Ordnungsmodellen und lösen sich auf. Besonders deutlich wird dies im Bereich der sogenannten "Inneren Sicherheit".



RASSISMUS UND REPRESSION BEKÄMPFEN

Bundesweit werden nicht nur die sozialen und ökonomischen Bedingungen massiv verschlechtert, sondern gleichzeitig wird auch der Polizeiapparat, die Überwachung und die Abschottung der Außengrenzen verstärkt. Die wenigen Flüchtlinge, die noch in der BRD ankommen, werden in Lagern interniert und rabiat abgeschoben. Todesopfer werden hierbei zynisch kalkuliert in Kauf genommen, wie z.B. die Fälle von Aamir Ageeb, der während seiner Abschiebung aus Frankfurt getötet wurde oder Achidi John, der in Hamburg durch einen Brechmitteleinsatz umgebracht wurde, belegen.

Diese extremste Form der Repression ist kein Einzelfall, sondern bildet den Höhepunkt einer umfassenden Verschärfung der "Inneren Sicherheit" in den letzten Jahren. Blüten dieser Debatte sind auch die aktuellen Diskussion um die flächen- deckende Kameraüberwachung in Innenstädten und die zunehmende Umstrukturierung und Privatisierung des öffentlichen Raumes. Wo die klassische Polizeiarbeit vermeintlich versagt oder nicht ausreicht, sollen private Sicherheitsdienste für Ordnung sorgen. In Hamburg geht das Bemühen für "Law and Order" inzwischen so weit, dass die Vertreter des Einzelhandels eine "Bannmeile" um die gesamte Innenstadt verlangen. Dabei wurde in kaum einer anderen Stadt die polizeiliche Linie dermaßen hart angezogen, wie in der einst vergleichsweise liberalen Hansestadt.

POLIZEIGEWALT STOPPEN

Als erste Aktion schaffte der rechtspopulistische Senat im Jahr 2002 die Polizeikommission ab. Diese war nach dem Hamburger Polizeiskandal gegründet worden. Die Abschaffung dieser internen Kontrollinstanz war ein deutliches Signal für den Polizeiapparat, dass Rechtsverstöße im Amt in Zukunft nur noch als Kavaliersdelikt angesehen werden. Zu spüren haben dies neben Jugendlichen und Angehörigen der Drogenszene vor allem die TeilnehmerInnen von Demonstrationen bekommen.
Seit November 2002 gab es über 1000 Ingewahrsamnahmen im Zusammenhang mit Bambule Demonstrationen. Zahlreiche Menschen wurden in diesem Zusammenhang zum Teil erheblich verletzt und tausende vorübergehend eingekesselt. Letztes Beispiel für das harte Vorgehen der Polizei in Sachen Bambule war der 20. Dezember 2003. Bei dieser Demo, die sich auch für den Erhalt der Henriette einsetzte, versuchte die Polizei sehr stur, aber ebenso erfolglos eine Demonstration in der Innenstadt zu verhindern. Die harte Linie der Innenbehörde und deren völliges Scheitern führte im Anschluss zur launigen Ankündigung, in Zukunft keinerlei "Zugeständnisse" an DemonstrationsteilnehmerInnen mehr machen zu wollen.

Dass diese Drohung durchaus ernst gemeint war, erfuhren ca. 4000 DemonstrantInnen auf der antifaschistischen Demonstration am 31. Januar. An diesem Tag fand der erste von zwei geplanten Naziaufmärschen gegen die Wehrmachtsausstellung statt. Geschützt durch ein Großaufgebot von mehr als 3000 Beamten zogen 1000 Nazis weitgehend ungestört durch Barmbek. Währenddessen begleiteten mehrere Wasserwerfer und ein Grossteil der Beamten eine antifaschistische Demonstration gegen "Faschismus und Geschichtsrevisionismus". Am Abschlußkundgebungsort angekommen, begann die Polizei sofort und absolut grundlos mit mehreren Wasserwerfern die Demo anzugreifen. Die anschließenden Auseinandersetzungen zogen sich über mehr als eine Stunde hin. Auch dieser Einsatz war wieder Anlass, für zukünftige Demonstrationen ein noch härteres Vorgehen anzukündigen.

WIDERSTAND ENTWICKELN!!

Wir wissen nicht, was am Ende der polizeilichen Gewaltspirale aus der

Innenbehörde steht. Aber wir wissen, dass wir uns den Raum der Straße und das Mittel der Demonstration nicht nehmen lassen werden. Die Zurückweisung von Angriffen auf das Versammlungsrecht, die Ablehnung von Demonstrationsverboten und das Beharren, Proteste auch auf die Straße zu tragen, sind dabei kein Ausdruck besonderer Radikalität sondern demokratische Mindeststandards.
Es geht uns in den Auseinandersetzungen im März und April auch darum, außerparlamentarischen Widerstand in Hamburg auf der Straße weiterhin möglich zu machen und ein gemeinsames und breit getragenes Signal gegen eine repressive und autoritäre gesellschaftliche Ordnung zu erzeugen.

Mit dem Widerstandscamp auf der Henriette knüpfen wir auch an die Auseinandersetzungen um Bambule an. Vor allem sehen wir darin aber einen neuen Ausdruck des Widerstandes. Mit dem Camp wollen wir deutlich machen, dass wir auch in Zukunft nicht auf radikale Kritik an den Verhältnissen verzichten werden. Wir wollen zum Ausdruck bringen, dass wir nicht Teil von bloßen Reformprozessen innerhalb der starr definierten Grenzen der bestehenden Ordnung und deren Gesetzmäßigkeiten sind, sondern wir wollen die Räume der politischen Auseinandersetzung erweitern, und neue subjektive Orte und gesellschaftliche Perspektiven in der sozialen und politischen Auseinandersetzung entwickeln.

BUNDESWEITE DEMO, AKTIONSWOCHE UND CAMP

Wir fordern alle auf, sich an der bundesweiten Demonstration für den Erhalt der Wagenplätze am 26.03. in Hamburg und der Aktionswoche zur Verteidigung der Henriette zu beteiligen. Außerdem fordern wir alle auf, an der antifaschistischen Demonstration am 27.03. gegen den Naziaufmarsch in Barmbek teilzunehmen, der sich ein weiteres Mal gegen die Wehrmachtsausstellung richtet.

Im Rahmen der Aktionswoche wird auf der Henriette ein Camp errichtet, das Treffpunkt und Ausgangspunkt von Veranstaltungen, Demonstrationen und Aktionen sein soll. Teilweise sollen die Leute dort übernachten, teilweise dezentral, bei anderen Wagenplätzen oder in Wohnungen unterkommen. Jeden Tag wird es ab 10 Uhr Frühstück geben und ab 12 Uhr ein Plenum. Am 27.04. – 04.04.04 wird die Henriette zum Camp ausgebaut um eine mögliche Räumung solange wie möglich zu verhindern. Am Tag einer Räumung sollen möglichst viele Leute zum Camp kommen und diese nach ihren Vorstellungen behindern. BewohnerInnen der Henriette werden auf alle Fälle auf dem Gelände bleiben. UnterstützerInnen können sich ebenfalls auf das Gelände begeben oder im Umfeld aktiver Bestandteil der Räumungsverhinderung werden oder auch einfach Öffentlichkeit herstellen. Aktionsmaterial und ähnliches werden während der Woche vorhanden sein. Auswärtige sollten neben dem Üblichen auf jeden Fall auch Zelte, Isomatten und Decken mitnehmen.
Am Sonntag soll es nach der Demo am Samstag erst mal entspannt weitergehen. Um 15 Uhr findet nach einem langem Frühstück das Eröffnungsplenum statt, bei dem das Campkonzept nochmals vorgestellt wird. Danach soll Raum für Aufbauarbeiten auf dem Gelände und einen kleinen Ausflug ins Viertel sein, bei dem wir die AnwohnerInnen über den Start des Camp informieren wollen.
Wir wollen während der Woche (außer es ist bei einzelnen Veranstaltungen anders angekündigt) keinen Alk auf dem Gelände. Also lasst die Bierdosen, den Wodka und ähnliches bitte zuhause. Der Platz ist akut von einer Räumung bedroht und im Falle von Stress mit den Bullen braucht es einen klaren Kopf. Leute, die gesoffen haben und rummackern, nerven in einer solchen Situation alle. Wir werden nicht die Moralpolizei spielen, aber besoffene Leute werden aufgefordert, den Platz zu verlassen. Auch rassistische oder sexistische Sprüche oder gar Übergriffe haben auf dem Camp keinen Platz. Alle sind aufgefordert, dies mit umzusetzen.
Für alle, die tagsüber arbeiten, besteht die Möglichkeit, sich abends von 19-20 Uhr auf einem kleinen Plenum über den Stand der Dinge und den Verlauf des Tages zu informieren. Wir fordern auch alle auf, Schlafplätze für Auswärtige bereitzustellen, damit im Vorfeld und nach einer möglichen Räumung alle eine Unterkunft haben. Eine Schlafplatzbörse wird die Woche über in einem Info Bauwagen auf dem Camp sein. Es gibt zahlreiche Aufgaben, die jede und jeder übernehmen kann. Von der Mithilfe bei der Campstruktur (Cafebetrieb, Vokü, Nachtwachen, etc) über die Beteiligung an Aktionen bis zur aktiven Teilnahme an der Organisierung des Camps.

Für den Erhalt der Wagenplätze - Neuer Platz her für Bambule
Gegen die Aushebelung des Versammlungsrechtes
Gegen autoritäre Senatspolitik, Vertreibung und Ausgrenzung
Do. 11.03. Mobilisierungsveranstaltung
19 Uhr Rote Flora # Wagenplätze und die politische Situation nach der Wahl

Fr. 26.03. Bundesweite Demo gegen Räumungen
18 Uhr Julius-Vossler-Str. Ecke Eidelstedter Weg
Bambule Reloaded: Henriette verteidigen

27.03. – 04.04. Aktionscamp
Räumungen verhindern # Wagenplätze bleiben # Naziaufmarsch blockieren

27.03. Antifaschistische Aktionen gegen den Naziaufmarsch in Barmbek
28.03. Auf- und Ausbau des Camps
29. – 31.03 Veranstaltungen und Aktionen
31.03. Vollversammlung um 20 h
01.04. – 04.04 Weitere Aktionen
Bei Räumungsalarm: Kommt zum Platz!

Tägliche Termine auf der Henriette:
10 h Frühstück
12 h Aktionsplenum
18 h Vokü
19 -20 h Infoplenum zum Tag

Wegbeschreibung zur Henriette:
Julius Vossler Str. über Eidelstädter Weg
Der Platz liegt hinter dem Jugendzentrum
S-Bahn Haltestelle: Lutterothstraße
Infos:
www.regierung-stuerzen.de
www.henriette-wagenburg.org
FSK 93,0 Mhz
Kontakt: wageninfo@gmx.de
EA: 040 / 43278778
Infofon: wird noch eingerichtet
Wir brauchen Schlafplätze!! Anfragen und Angebote über:
wageninfo@gmx.de



31. Januar 2004: Mehr als 5.000 Menschen gegen Faschismus auf der Strasse



Unser Ziel, den Naziaufmarsch am 31. Januar nicht bis zur Kampnagelfabrik, dem Ort der Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht - Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944" gelangen zu lassen, haben wir nicht erreicht. Dennoch war die antifaschistische Mobilisierung an diesem Tag ein Erfolg. Weit mehr Menschen als erwartet, verschiedene Schätzungen gehen von 5.000 - 7.000 TeilnehmerInnen der Gegendemonstration aus, stellten sich dem Aufmarsch der 700 bis 1.000 Nazis entgegen. Aufgrund des Drucks, den die antifaschistische Demonstration sowie zahlreiche Protest- und Blockadeaktionen von AnwohnerInnen entlang der Naziroute aufbauten, war die Hamburger Polizei gezwungen, den Marschweg de Nazis auf weniger als 1/3 der ursprünglichen Route zu verkürzen.

Überschattet wurde die erfolgreiche antifaschistische Mobilisierung von einem massiven Angriff auf die Demonstration sowie die Kundgebung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes. Unmittelbar nachdem die Spitze der Demo den Endkundgebungsplatz erreichte, griff die Polizei grundlos und ohne Vorwarnung mit Wasserwerfern und Schlagstöcken an und veranstaltete eine Hetzjagd auf antifaschistische DemonstrantInnen. Zahlreiche Menschen wurden dabei z.T. schwer verletzt und mehr als 200 in Polizeigewahrsam genommen. Die VVN sowie die "Hamburger Erklärung für Versammlungsfreiheit" haben bereits angekündigt, rechtlich gegen diesen skandalösen Polizeieinsatz vorzugehen.
Weitere Berichte und Stellungnahmen dazu werden in Kürze an dieser Stelle folgen. Beim unabhängigen Medienzentrum indymedia finden sich zahlreiche Berichte, Fotos und Videos zum Verlauf der Demonstration und der anschließenden Auseinandersetzungen.

Ebenfalls erwähnenswert ist ein Zwischenfall, der sich zu Beginn der Demonstration am Bahnhof Barmbek ereignete. Eine kleine Gruppe versuchte, sich entgegen aller Absprachen mit Nationalfahnen an die Spitze der Demo zu setzen. Dieses Vorhaben wurde von den DemonstrationsteilnehmerInnen verhindert, es kam jedoch zu körperlichen Auseinadersetzungen und einem Polizeieinsatz, die eine Gefahhr für die Demonstration darstellten. Zu diesem Thema hat die AntifaKoordination/Hamburg eine ausführliche Stellungnahme verfasst.
Zum Schluß bleibt festzuhalten, dass die starke Mobilisierung und die große Entschlossenheit, die trotz aller staatlichen und sonstigen Angriffe am 31. Januar zum Ausdruck kam, ein hoffnungsvolles Signal für die antifaschistische Bewegung darstellt und für den 27. März, den Tag des nächsten geplanten Naziaufmarsches in Hamburg, eine weitere Steigerung verspricht!

Treffpunkt für den Antifaschistischen Protest gegen die angemeldete Demo der Nazis ist am 27.3. um 10Uhr am S/U-Bahnhof Barmbek

Achtet auf aktuelle Informationen: 040-40187921
www.hamburg-gegen-nazis.de.vu
Radio hören!: fsk auf 93,0 Mhz

HH: Aktion gegen Wehrmachtsausstellungsprogramm

von wetterfeste schmuddelkinder - 04.02.2004 10:30

AntifaschistInnen der BAD WEATHER Gruppe und FreundInnen verhinderten heute (3.2.2004) eine Veranstaltung aus dem Begleitprogramm der Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht - Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941 – 1944". Die Veranstaltung wurde von der KZ Gedenkstätte Neuengamme organisiert und trug den Titel "Leben mit dem Massengrab- werden Bundeswehrsoldaten auf psychische Belastungen bei Auslandseinsätzen vorbereitet." An dieser Veranstaltung nahmen auch eine ganze Reihe von hochrangigen Bundeswehroffizieren teil. Das Kino wurde vor Veranstaltungsbeginn besetzt und die anwesenden AntifaschistInnen forderten das Ende der Veranstaltung. Nach 1 1/2 Stunden, kontroversen Diskussionen über Sinn & Unsinn der Veranstaltung, gaben die Veranstalter nach und brachen sie ab. Die Veranstaltung fand nicht statt.

Auto von Nazianwalt Jürgen Rieger abgebrannt

Laut Nazi-Internetseite wurde auf das Auto von Rieger in der Nacht zum 27.1.04 ein Brandanschlag verübt. Am Tatort seien Bekennerflugzettel, in denen Bezug zur Nazi-Demo am 31.1. in Hamburg genommen wurde, hinterlassen worden.

Stellungnahme der Gruppe Kritik und Praxis Berlin zu der Auseinandersetzung zu Beginn der Antifa-Demo am 31.01.04 in Hamburg.

Anläßlich des Naziaufmarsches gegen die Wehrmachtsausstellung in Hamburg wollten mehrere Personen unserer Gruppe an der Antifa-Demo teilnehmen. Vier Personen aus der K&P gingen mit einem Transparent, auf dem "Deutschland denken heißt Auschwitz denken" stand und vier roten Fahnen mit dem Aufdruck K&P sowie dem Antifa-Aktionszeichen, vom U-Bhf zum vorderen rechten Rand der Demonstration. Als sie sich direkt neben der Demo plaziert hatten, um mit dieser mitzulaufen und sich später einzureihen, wurden sie sofort als Kriegstreiber beschimpft und körperlich angegriffen. Die Angreifer aus den ersten Reihen der Demo (etwa 30-40 Personen) entrissen ihnen unter Schlägen und Tritten das Transparent. Zwei KPler konnten sich Richtung Gehweg entfernen. Schlichtungsversuche eines der beiden anderen Genossen wurden mit weiteren Schlägen beantwortet. Die zwei KP-Mitglieder waren weiteren körperlichen Angriffen eines Teils der Demospitze ausgesetzt. Zu diesem Zeitpunkt erst kamen ihnen mehrere Mitglieder anderer Gruppen zu Hilfe. Einige von ihnen zeigten dabei ihre mitgebrachten Transparente und Israelfahnen, was zu einer weiteren Eskalation führte. Nach ca. fünf Minuten begannen die Bullen mit einem Schlagstockeinsatz die "Fraktionen" voneinander zu trennen. Dabei kam es zu zwei Verhaftungen.

Um es an dieser Stelle noch einmal ganz klar zu sagen:
Wir haben zu keinem Zeitpunkt versucht, in die Demospitze einzudringen, sondern wollten am Rand der Demo mitlaufen, um uns an geeigneter Stelle in die Demo einzureihen. Dies gestaltete sich aufgrund des Getümmels und der unübersichtlichen Situation nicht so einfach. Es gab zwischen uns und anderen Gruppen keinerlei Absprachen, die Antifa-Demo zu provozieren oder sich in diese hineinzudrängen. Wir lehnen die Strategie, mittels Zeigen von Nationalfahnen die Situation in der Linken allgemein zu eskalieren oder damit linke Demonstrationen/Veranstaltungen zu stören, ab.
Bei allen inhaltlichen Widersprüchen innerhalb der Linken, steht für uns der Konsens, der sich z.B. auf einer Bündnisdemonstration gegen Nazis ausdrückt, im Vordergrund.

Des Weiteren finden wir es falsch, sich durch das Tragen von Nationalfahnen oder nationalen Symbolen politisch zu definieren. Unserer Meinung nach symbolisieren Nationalfahnen mehr als das, was deren Träger innerhalb der Linken in sie hinein interpretieren. Die USA-Fahne z. B. ist nicht nur eine der Fahnen der Alliierten im Zweiten Weltkrieg, sondern eben auch die Fahne, in deren Name der Vietnam-Krieg geführt wurde. Da die getragenen Fahnen außer nationalen Konstrukten auch immer kapitalistische Staaten repräsentieren, sind sie unseres Erachtens nicht geeignet, ein emanzipatorisches Projekt voranzutreiben. Die gängige Praxis von einigen Linken, sich mit Hilfe von Symbolen (ob Palituch oder USA-Fahne) auf die richtige Seite, auf die Seite der "Guten" zu stellen, ist abzulehnen. Die Identifizierung, die manche Linke mit nationalen Symbolen praktizieren, führt zu Negierung von Widersprüchen. Diese Form von Identitätspolitik lehnen wir ab.

Allerdings sind wir der Meinung, daß Leute die auf einer Antifa-Demo Israelfahnen zerreißen und versuchen diese zu verbrennen in linksradikalen Strukturen nichts, aber auch gar nichts zu suchen haben.
Wir bewerten die Aggression, die zunächst uns und dann den Trägern der Israelfahnen entgegenschlug, nicht als einfache Angenervtheit Antideutschen gegenüber. Unserer Meinung nach war dieser Angriff z.T. antisemitisch motiviert, nicht zuletzt aufgrund von Parolen wie "Intifada bis zu Sieg" u.ä., die immer wieder aus der Demo gerufen wurden, von Einzelpersonen kamen auch Rufe wie: "Die Juden sind an allem schuld". Was die ebenfalls aus den Demo-Reihen geäußerte Beschimpfung unserer Gruppe als Kriegstreiber betrifft, verweisen wir hier nur auf unsere Homepage. Die Texte dort und der Aufruf zum 01.05. geben unsere kritische Position zum Irakkrieg wieder, so heißt dort u.a. "Der Krieg im Irak ist zu verurteilen, ebenso wie es die Kriege in Tschetschenien, im Kosovo und in Ex-Jugoslawien sind".

Generell sehen wir mit Sorge eine Tendenz in der radikalen Linken, seit dem 11. September den Versuch einer materialistischer Gesellschaftsanalyse zugunsten verschwörungs-theoretischer, oft antisemitisch angehauchter Welterklärungsmodelle aufzugeben. Dies äußert sich im Großen in der hemmungslosen Personalisierung kapitalistischer



Verhältnisse (Bush, die Sau!), im kleinen in aberwitzigen Szene-Grüchten auf Indymedia.

Wir können den Beschluss der Demo-Vorbereitung, im vorderen Teil der Demo keine Nationalfahnen zu tragen, nachvollziehen, auch auf unserer Demo am 3.Oktober versuchten wir diese Position durchzusetzten, scheiterten aber an der praktischen Umsetzung. Auch haben wir in unserer Gruppe noch Diskussionsbedarf in dieser Frage, denn es mag ja durchaus Anlässe geben, bei denen auch Nationalfahnen angebracht sein könnten, z.B. am antiisraelischen Al Quods-Tag an dem sich neben islamistischen Fundamentalisten auch deutsche Neonazis beteiligten.

Die Demoleitung hat zu keinem Zeitpunkt versucht, die Situation zu deeskalieren. Dazu fordern wir eine Stellungnahme der organisierenden Gruppen.
Des Weiteren stehen wir einer Diskussion zu diesem Thema offen gegenüber.

Let`s push things forward!
Für den Kommunismus!!!
www.kp-berlin.de

Zu den Gerüchten, es handle sich bei den KP-Mitgliedern mehrheitlich um Millionärs-Söhne, möchten wir klarstellen:

1) auch die Frauen in unserer Gruppe sind unbeschreiblich reich.
2) unser gigantisches Vermögen stammt überwiegend aus Großgrundbesitz und Immobilienspekulation - nur wenige der Millionäre in unserer Gruppe sind im Öl-Geschäft tätig; die Mutmaßung also, wir wären "nur wegen des Öls" für die Eroberung des Irak eingetreten, entbehrt damit auch in dieser Hinsicht jeder Grundlage.
3) Wir verachten den Raubtier-Kapitalismus made in USA zutiefst; im Sinne des "rheinischen Kapitalismus" sind wir uns unserer gesellschaftlichen Verantwortung als Superreiche bewusst: so bestreiten unzählige Berliner Punks und Hausbesetzer ihren Lebensunterhalt aus Plakatierjobs und anderen Dienstleistungen für die KP, die wir weit über dem ortsüblichen Mindestlohn entlohnen.)

Basisbanalitäten

Auf der Anti-Nazi-Demo in Hamburg am 31. Januar 2004 wurde eine Gruppe von AntifaschistInnen mit Israelflaggen sowie Fahnen der alliierten Siegermächte von dem vorderen Teil der Demonstranten gewalttätig aus der Kundgebung geworfen. Dies geschah durch "Hamburger Zusammenhänge", die nun beklagen, dass sie von Antideutschen provoziert und angegriffen worden seien, was zu einer Gefährdung der Demo geführt hätte. Erwähnt sei hier nur, dass der nachfolgende Knüppeleinsatz der Polizei sich gegen die aus der Demo geprügelten israelsolidarischen GenossInnen wendete, in Folge dessen mehrere von ihnen fest- beziehungsweise in Gewahrsam genommen wurden.
Die mittlerweile in der Hamburger Linken durchgesetzte Sprachregelung, dass es sich beim Tragen der israelischen Fahne um eine "Provokation" handele, wird gestützt mit dem Verweis auf einen Beschluss, "keine Nationalstaatsfahnen" auf der Demo zu tragen. Es zeichnet sich somit eine Diskussion um vermeintliche Regelverstöße und andere Demoformalitäten ab, die von der politischen Dimension dieser Übergriffe und daraus zu ziehenden Konsequenzen ablenkt.
Im folgenden geht es darum thesenartig inhaltliche Mindeststandards zu benennen; es handelt sich hierbei um:

1. Mit dem Angriff auf die Israel-Fahne waren nicht die "antideutschen Provokateure" sondern Israel direkt gemeint. Die unbeanstandet gebliebenen "Mörder, Mörder"-, "Intifada"- und "Juden raus" -Rufe, die man zum gleichen Anlass auch beim Naziaufmarsch hören konnte, zeigten deutlich, was ein Großteil der Demonstration mit der Fahne assoziierte. Aber auch in den Augen der VertreterInnen der "kritischen Solidarität" mit Israel kann, wer in Deutschland Kritik am Antisemitismus betreibt ohne sich zugleich in den antizionistischen Konsens einzureihen, nur antideutsch oder Mitglied der jüdischen Gemeinde sein - was leider meist den Tatsachen entspricht. Vor und während der sich antifaschistisch nennenden Demonstration wurde mit den stadtbekannten antisemitischen Schlägern, die es selbst in einigen Szene-Läden zu Hausverboten gebracht haben, zusammengearbeitet. Diese Prototypen des linken Antisemitismus wurden nicht nur geduldet, sondern sie konnten gemeinsam mit großen Teilen der Demo ihrem Hass auf Israel freien Lauf lassen. Die "Bündnisfähigkeit" hat eben ihren Preis. Eine Kritik am Antisemitismus, die keinerlei Konsequenzen hat, erinnert an jene konservative Innenminister, die vor brennenden Flüchtlingsheimen stehend, "Fremdenfeindlichkeit auf schärfste verurteilen".

2. Die beklagte "Provokation" setzt die Bereitschaft voraus, sich provoziert zu fühlen. Dass die nationalen Symbole des jüdischen Staates und der Länder der Anti-Hitler-Koalition auf einer sogenannten antifaschistischen Demonstration in Deutschland gewaltsam entfernt werden, ist zwar skandalös, hat aber bisher in der Hamburger Linken keinen Widerspruch hervorgerufen. Die Schläger, die sich der Fahne mit dem Davidstern entledigen mussten, konnten ungestört aus der Demonstration heraus agieren, ohne dass auch nur ein Teil der Demonstrierenden eingegriffen oder sich zumindest distanziert hätte.
Dass der Sieg über die deutsche Barbarei und damit auch über die Wehrmacht, ohne den Anteil der westlichen Alliierten unmöglich gewesen wäre, war den Überlebenden des KZ Buchenwald bei ihrem Schwur selbstverständlich bewusst:

"Wir danken den verbündeten Armeen, der Amerikaner, Engländer, Sowjets und allen Freiheitsarmeen, die uns und der gesamten Welt Frieden und das Leben erkämpfen.
Wir gedenken an dieser Stelle des großen Freundes der Antifaschisten aller Länder, eines Organisatoren und Initiatoren des Kampfes um eine neue demokratische, friedliche Welt. F. D. Roosevelt - Ehre seinem Andenken!"
Dass die Fahnen der Alliierten in der Tradition des Antifaschismus stehen, ist anscheinend nicht einmal mehr der Antifa bekannt. So kann der sechzigste Jahrestag des D-day, der neben Stalingrad wichtigste Meilenstein bei der Befreiung von der deutschen Barbarei, wohl nur außerhalb Deutschlands gewürdigt werden – jedenfalls nicht auf einer Demonstration, welche doch angetreten war, die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht gegen einen Naziaufmarsch zu verteidigen.

3. Nicht provoziert fühlte sich die Mehrheit der Anwesenden davon, dass eine große Anzahl der DemonstrantInnen mit dem sogenannten Palästinensertuch herumlief, einem Kleidungsstück, das bekanntlich in den 30er Jahren vom Mufti von Jerusalem als Zwangsbekleidung zwecks Bekundung nationaler Identität gegen Jüdinnen, Juden und säkulare PalästinenserInnen eingeführt wurde. Kein Wunder, dass sich dieses Accessoire auch auf der Nazi-Demo großer Beliebtheit erfreute. Wenn nicht gerade gegen die Wehrmachtsausstellung demonstriert wird, sind Nazidemos unter dem Motto "Solidarität mit Palästina" längst an der Tagesordnung. Kritik an dieser nationalen Symbolik galt für die "Hamburger Antifakoordination" schon als Provokation. So hat sie eine Zusammenarbeit mit dem Freien Sender Kombinat von der Zensur des Beitrages "Coole Kids tragen kein Palituch" abhängig gemacht. FSK beugte sich diesem Ultimatum bereitwillig. Der "Antinationalismus" ist anscheinend eine sehr einseitige Angelegenheit.

4. Für die "Solidarität mit Palästina" der deutschen Nazis gibt es handfeste Gründe: Bereits die NSDAP unterstützte panarabische

NationalistInnen und AntisemitInnen, in denen sie natürliche Bündnispartner gegen die Juden sah. Unmittelbar nach 1945, zu einem Zeitpunkt, als die Linke noch für sozialistische Kibbuzim schwärmte und gegen reaktionäre arabische Regimes wetterte, wurden Syrien, Ägypten und andere arabische Länder zum Exil für hunderte von geflohenen NS-FunktionärInnen, die sich dort als PropagandistInnen oder technische Hilfskräfte gegen Israel betätigten.

5. Die Geschichte des Antisemitismus ist immer auch die Geschichte der Konterrevolution. Beginnend mit dem antirevolutionären zaristischen Machwerk der "Protokolle der Weisen von Zion" und nicht endend mit dem antisemitischen Antikommunismus der Nazis. Das bedeutet keineswegs im Umkehrschluss, dass die Geschichte der Linken eine Geschichte des konsequenten Kampfes gegen den Antisemitismus wäre. Im Ressentiment gegen die Zirkulationssphäre hatte die Linke immer eine offene Flanke zum Antisemitismus. Dieser attackiert am Geld die vermittelte Herrschaft, indem er die "Kapitalmystifikation in der grellsten Form" (Marx), also des Fetisch vom Geld und vom zinstragenden Kapital personalisiert, um sie durch die Barbarei des Unmittelbaren zu ersetzen.
Müssten sich die Jüdinnen und Juden heute auf den Schutz durch die Linken verlassen, wären sie völlig schutzlos. Die Rote Armee zerschlug immerhin Nazideutschland. Dass schon kurz nach 1945 wieder antisemitische Verfolgungen in der Sowjetunion möglich waren, verdeutlicht auf bittere Weise, dass der "Reale Sozialismus" keineswegs die Antwort auf die Antisemitenfrage war.

6. Die nach dem Sechstagekrieg 1967 einsetzende globale linke antiimperialistische Solidarität mit PanarabistInnen und IslamistInnen in ihrem Kampf gegen Israel ist in den Metropolen Ausdruck linker Projektionen - in den betroffenen Ländern hatte sie gravierende Folgen: Allein im islamistischen Iran und im baathistischen Irak wurden säkulare, nichtnationalistische Teile der Bevölkerung sowie zehntausende von KommunistInnen umgebracht. Viele Linke trafen diese Angriffe völlig unvorbereitet, da sie sich eben noch im Volksfrontbündnis mit Khomeini oder den Baathisten befunden hatten. Ein Teil der dortigen Oppositionellen spricht inzwischen mehr oder weniger offen aus, in was für eine Falle sie der Antiimperialismus geführt hat.
Die heutigen Antiimps dokumentieren dagegen mit ihrer Hetze gegen alle, die derzeit im Irak besseres zu tun haben, als mit Kadern des Baath-Regimes und DjihadistInnen gegen die US-Besatzung vorzugehen, dass ihr Volkskampf unmittelbar gegen all jene gerichtet ist, die sich für ein bessere Zukunft einsetzen.

7. Nichts hält die antiemanzipatorischen Kräfte im Nahen Osten, in Europa und anderswo so sehr zusammen wie die antisemitische Agitation gegen Israel: Ob es nun der arabische Diktator ist, der via Antizionismus die nationale Einheit schmiedet, oder seine islamistischen GegnerInnen, die - wie auch die Neonazis - das Erbe des linken Antiimperialismus angetreten haben. Ob die Friedrich-Ebert-Stiftung (im Februar diesen Jahres) mit "gemäßigten" Hizbollah-AnhängerInnen in Beirut über den besten Weg zur Beseitigung Israels diskutiert, oder ob ein gestandener linker Führer wie Walid Jumblatt, Vorsitzender der drusischen sozialistischen Fortschrittspartei und Mitglied des libanesischen Parlaments, verkündet, dass "der Tod eines Juden - gleich ob Soldat oder Zivilist - in Zeiten des Niedergangs, der Selbsterniedrigung und Unterwürfigkeit eine große Leistung in dem Bemühen darstellt, den Plan zur ‚Judifizierung' ganz Palästinas zu untergraben." Nicht zu vergessen der globalisierungskritische Anhang, der schon mal einem Rumsfeld-Darsteller den gelben Stern anheftet und ihn mit einem Sharon-Mimen vor einem Goldenen Kalb tanzen lässt, wie anlässlich des WEF in Davos 2003 geschehen, um gegen den "Neoliberalismus" zu protestieren.

8. Angesichts der Geschichte des linken Inter-Nationalismus ist das Verbot von Nationalfahnen auf einer linken Demonstration pure Heuchelei. Es geht dabei keineswegs um die schwarz-rot-goldenen Insignien auf der Fahne der DKP oder die Fahnen der Völker, für die sich die Linke früher begeisterte.
In den 70er und 80er Jahren war die israelische Nation die einzige, deren Existenz und Legitimität im Namen der "Freiheit der Völker" bestritten wurde. Heute wird Israel nicht mehr so sehr als "künstliches Gebilde" und als Antipode echten (arabischen) Volkstums angegriffen. Aus "antinationalistischer" Sicht soll das Vergehen der Israelis in dem liegen, was man früher bei allen anderen nationalen Befreiungsbewegungen so schätzte: in ihrem sturen Beharren auf ihrem eigenen Nationalstaat.

9. Damit sind die Bündnislinken auf dem Niveau ihrer Regierung und derer intellektuellen ZuarbeiterInnen vom Hamburger Institut für Sozialforschung angelangt. Die rot-grüne Innovation, deutsche Expansion nicht trotz sondern wegen Auschwitz zu fordern, und allen "Nationalismus" vorzuwerfen, die diesem Programm im Weg stehen, spiegelt sich im Begleitprogramm der Wehrmachtsausstellung auf unzähligen Veranstaltungen, ohne dass es der Mehrheit der Linken auch nur auffallen würde. Stattdessen wird mit den Regierungsparteien gemeinsam demonstriert, als hätte es weder den Antifa-Sommer 2000 noch den dritten deutschen Angriffskrieg gegen Serbien gegeben. Die Verurteilung Israels durch den internationalen Strafgerichtshof wegen der Sicherung seiner Staatsgrenze oder gar die Entsendung von UNO-Truppen wären für Deutschland die ersehnte - und im Gegensatz zu Hohmanns Ausfällen - "politisch korrekte" Schuldumkehr auf internationaler Ebene.

10. Israel ist die einzige Konsequenz aus Auschwitz in einer Welt, die keine anderen Konsequenzen zu ziehen bereit war. Zwar kann seine Staatsgewalt ihren BürgerInnen keinen garantierten Schutz vor antisemitischen Massakern bieten, unter anderem wegen der materiellen und ideellen Unterstützung, die die MörderInnen aus Europa erhalten. Aber Israel ist die einzige Gesellschaft, deren Staatsräson darin besteht, genau diesen Schutz zu bieten, und die schon deshalb dem antisemitischen Vernichtungswahn Grenzen setzt.

11. Israelische Fahnen auf antifaschistischen Demonstrationen, die diesen Namen verdienen, sind aus all diesen Gründen eine Selbstverständlichkeit. Sie sind dort nicht nur zu dulden, was noch immer heißt, dass sie geschützt werden müssten, sondern sie sollten dort willkommen sein!

ErstunterstützerInnen:
Bad Weather [Antifaschistische Gruppe] - Hamburg, AANO – Anifaschistische Aktion NordOst - Berlin, BgAA - Bündnis gegen Antisemitismus und Antizionismus - Berlin Club 53 [Sektion Hamburg], Pankower Antifa Offensive [PAO] - Berlin, AG Antifa an der Universität Potsdam, Hochschul-Antifa – Hamburg, zur Flaschenpost – Hamburg

Wenn was nicht stimmt:

Sprich Deine





Hamburg: Fair Play!? Nachspielzeit!

Stellungnahme der "AntifaKoordination/Hamburg" zum 31.01.

Stellungnahme der "AntifaKoordination /Hamburg" zu den Vorfällen am Beginn der antifaschistischen Demonstration gegen den Naziaufmarsch in Hamburg am 31. Januar 2004.

Der Spielzug...
Es ist in der Zwischenzeit schon viel gesagt und geschrieben worden. Wir als politische TrägerInnen der Gegenaktivitäten haben uns entschieden zu den Vorfällen am Beginn unserer Demonstration, Stellung zu nehmen.
Unser erklärtes Ziel zu Beginn der Mobilisierung zu den Aktivitäten gegen den Naziaufmarsch war es, eine große, politisch breite und entschlossene Demonstration zu organisieren. Um dieses Ziel zu erreichen, sind wie bei jeder bündnispolitischen Aktivität, Kompromisse unverzichtbar. Dies bedeutet, dass alle Beteiligten neben einem gemeinsamen Aufruf, einem gemeinsamen Plakat und gemeinsamen Veranstaltungen auch bei der Ausrichtung, bzw. beim Konzept der Demonstration, kompromissfßhig sein müssen. Wer dazu nicht in der Lage oder Willens ist, sollte eigene Aufrufe, Plakate, Aktionen und Demonstrationen organisieren.
Im Sinne dieses gemeinsam getragenen Ziels war auch die ausdrückliche Aufforderung zu verstehen, auf das Mitführen jeglicher Nationalfahnen zu verzichten. Diese Entscheidung basierte u.a. auf der Hoffnung, solche handgreiflichen Auseinandersetzungen, wie schon anderorts vorgefallen, bereits im Vorfeld zu verhindern. Diese haben wir allen organisierten Strukturen, die wir mit über 15 Veranstaltungen in mehr als 10 Städten zu unserer Demonstration einluden, vermittelt. In kaum einer Stadt gab es zu diesem Punkt Diskussionsbedarf.
Im Vorbereitungskreis der Demo war besprochen worden, sollten solche Fahnen auftauchen, werden die TrägerInnen angesprochen und gebeten, die Fahnen einzurollen oder sich im hinteren Teil der Demo einzureihen. Sollten sie dieser Bitte nicht nachkommen, werden sie aus der Demo geschoben. Dies sollte ohne größeres Aufsehen, bzw. ruhig und ohne Handgreiflichkeiten ablaufen. Eine körperliche Auseinandersetzung war von niemandem gewünscht, wurde und wird von uns nicht gewollt. Wie schon erwähnt, haben wir unser Konzept im Vorfeld transparent gemacht und standen einer politischen Auseinandersetzung zur Verfügung.

Das Foul...
Ca. 20 Personen aus dem sog. "antideutschen" Spektrum Berlins [Sicher wissen wir: Personen u.a. von der Redaktion Bahamas, Autonome Antifa Nordost [AANO], sowie der kp-berlin] versuchten sich bei Start der Demo mit ca. 5 Israelfahnen, 1 USA-, 1 GB-Fahne sowie zwei Transparenten in die Demo zu drängen. Dies geschah zwischen der dritten und vierten Kette, d.h. eindeutig im Bereich der organisierten Hamburger Gruppen. Unsere Ketten reagierten großenteils gemäß der Absprache. Sie versuchten, die Reihen zu schließen und den Weg in die Demo an dieser Stelle zu versperren. Parallel zu dieser Aktion versuchten wir als Demoleitung über den Lautsprecherwagen zu beruhigen und zu deeskalieren. Wir forderten die FahnenträgerInnen auf, das Konzept der Demonstration zu respektieren, die Provokationen zu unterlassen und sich doch bitte, wenn sie ihre Fahnen schon zeigen wollen, im hinteren Teil der Demo einzureihen. Diese Ansagen wurden von der Gruppe ignoriert. Es entstand eine äußerst unübersichtliche Situation, die eskalierte. Viele umstehende Personen mischten sich in die Auseinandersetzung ein. In dieser Situation begannen die FahnenträgerInnen mit ihren Fahnen in die Demo zu schlagen. Mindestens einem Demoteilnehmer zerbrach eine Fahnenstange auf dem Kopf. Anschließend stachen Einzelne mit ihren Fahnenstangen auf Augenhöhe in die Demo. Die ganze Aktion dauerte keine zwei Minuten. Die Polizei zog daraufhin eine Kette zwischen Demo und AngreiferInnen. Drei der sog. "Antideutschen" wurden festgenommen. Um Ruhe in die Situation zu bringen, formierte sich der erste Block unserer Demonstration und ging los.

Rote Karte...
Als politische TrägerInnen der Gegenaktivitäten werten wir diese geplante Aktion der sog. "Antideutschen" als Angriff auf eine antifaschistische Demonstration. Der Rahmen der politischen Auseinandersetzung wurde mit dieser Aktion verlassen:

1. Eine solche Aktion und die damit verbundene Auseinandersetzung ist dazu in der Lage eine komplette Demonstration in ihrer Außenwirkung völlig zu verzerren und zu gefährden. Sie kann der Polizei als Legitimation späterer Repression dienen.

2. Es lag nie im Interesse der sog. "Antideutschen", bei unserer Demonstration mitzulaufen. Dies haben sie auf mindestens zwei Vorbereitungsveranstaltungen in Berlin deutlich gemacht.

3. Sie wussten, dass Nationalfahnen auf unserer Demonstration nicht erwünscht waren. Sie wussten, dass wir versuchen, unser Konzept durchzusetzen und so eine Provokation nicht tolerieren werden.

4. Sie suchten genau die Situation, die dann eintrat. Offensichtlich suchten sie die Eskalation um sich im Nachhinein zu Opfern stilisieren zu können.

5. Die organisierten Strukturen innerhalb der Demo versuchten koordiniert, ruhig und entschlossen zu reagieren. So wie es innerhalb der Vorbereitung beschlossen war. Wenn einzelne Personen in und außerhalb der Demo über oder sogar falsch reagierten, ist dies zu thematisieren und zu kritisieren.
Jedoch darf nicht die Umkehr von Angegriffenen zu Angreifenden begangen werden.

6. Wir distanzieren uns von antisemitischen Rufen und Sprüchen, die von einzelnen Personen am Rande der Demo gerufen wurden und verurteilen diese aufs Schärfste. Leider waren diese in der unübersichtlichen Situation nicht zuzuordnen. Solche Leute haben auf antifaschistischen, linken Demonstrationen nichts zu suchen.

7. Wir wenden uns gegen jegliche Form von Antisemitismus und Relativierung nationalsozialistischer Verbrechen.

8. Wir erwarten von Gruppen, inner- wie außerhalb Hamburgs, die mit den ProvokateurInnen eine Zusammenarbeit pflegen, eine öffentliche Distanzierung von dieser Aktion und ihrer BefürworterInnen. Es ist an ihnen eine weitere Spaltung der antifaschistischen Bewegung zu vermeiden.

9. Wir werden auch in Zukunft solche Provokationen und Angriffe auf unsere Veranstaltungen, Aktionen und Demonstration nicht dulden und sie nach Kräften unterbinden.

Nach dem Spiel ist vor dem Spiel...
Wir werden auch zum nächsten angekündigten Naziaufmarsch am 27. März nach Kräften weiter mobilisieren und unser möglichstes tun, um diesen zu verhindern. Alle Antifaschistinnen und Antifaschisten, die mit uns gemeinsam und entschlossen an die Erfolge des 31. Januar anknüpfen wollen, sind herzlich eingeladen und aufgefordert, sich zu beteiligen!

Mit antifaschistischen Grüßen

Anarchistische Gruppe/RätekommunistInnen [AG/R]
Antifa-Info-Telefon, Hamburg
Antifaschistische Aktion Harburg
Autonome Gruppen Hamburg
Autonomer Rabatz - Gruppe Hamburg [AR-GH]
Avanti - Projekt undogmatische Linke, Hamburg
Rote Aktion Hamburg
t.a.p.e

Unsere kleine Farm



Zu Beginn der antifaschistischen Demonstration vom 31.01. kam es zu Auseinandersetzungen an der Demospitze zwischen einem nach eigener Definition "israelsolidarischen Block" und den organisierten Strukturen der Demospitze. Etwa 30 Leute mit KP-Berlin- und Alliierten- und Israel-Fahnen versuchten sich zu Beginn der Demonstration in deren Demospitze zwischen die ersten Ketten zu drängen. Während dieser Sitiuation kam es zu handfesten Auseinandersetzungen, die mit einer allgemeinen Prügelei und einem Polizeieinsatz endeten. Zur Frage, wer wann, wie mit wem angefangen hat sich auf die Mütze zu geben, darüber existieren mittlerweile ebensoviele Versionen wie Leute auf der Demo waren. Diese Frage ist im weiteren aber auch wenig interessant. Die provokante Art und Weise mit der der Israelsolidarische Block aufgetreten ist, war Auslöser des Konfliktes und so stellt sich nach den Ereignissen vor allem die Frage, wie das Auftreten mit Nationalfahnen auf Demos zu bewerten ist.

Der Konsens, keine Nationalfahnen auf der Demo mitzuführen, der in der Vorbereitungsgruppe im vorhinein erzielt wurde, war meiner Meinung nach die richtige Entscheidung, wenn auch leider inhaltslos begründet. Laut Antifa-Koordination sollte das Bündnis nicht durch Lagerkriege zwischen linken Strömungen, die sich nationaler Symbole bedienen, beschädigt werden. Dies ist zwar durchaus eine berechtigte Motivation, aber ohne eine inhaltliche Bestimmung keine wirkliche Auseinandersetzung mit dem Problem. Seit jeher gibt es in der Linken Strömungen, die sich politische Perspektiven nicht aus der Subjektivität von Kämpfen und deren Widersprüchen entwickeln, sondern aus der Geradlinigkeit ideologisch festgefügter Wahrheiten. Zu diesem Gebilde gehört ebenso häufig auch der Bezug auf nationale Symbole. Waren früher UDSSR-, Vietnam-, Palästina- oder Cubafahnen hoch im Kurs, gelten heute eben Israel-, USA- oder GB-Fahnen als avantgardistischer Demochic. Sicherlich sind die politischen Herleitungen anders, allein mit Begründungen weshalb eine Sowjetfahne zu jeder linken Demonstration, "die diesen Namen verdient" dazugehört, lassen sich Bände füllen. Bei allen Rückgriffen auf nationale Symbole bleibt aber ein Umstand gleich. Das Nationalsymbol dient nicht dem Aufdecken von Widersprüchen, noch einer Infragestellung von identitären Werten, sondern ist im Gegenteil ein positiver Bezug auf ein universales Konstrukt, als einfache Antwort auf komplexe Verhältnisse. Es dürfte kein Zufall sein, dass gerade in Zeiten der postmodernen Beliebigkeit der Absolutismus, der in der Solidarität mit Nationen liegt, so viel Atraktivität erlangt.

Der Rückgriff auf nationale Symbole als Träger linker Inhalte muß scheitern, weil die Diskursmacht hinter diesen Symbolen keine Linke ist und niemals werden kann. Auch Israel ist eben nicht nur eine Konsequenz aus Auschwitz, sondern auch ein agressiver Nationalstaat, wie alle anderen auch. Die Fahne Israels steht nicht für einen rein jüdischen Staat, sondern auch für 1/5 palästinensische Bevölkerung, die sich größtenteils ebenso als Israelis definieren und auch eine israelische Staatsbürgerschaft besitzen. Alles das sind Widersprüche, die ausgeblendet werden zugunsten einfacher Herleitungen und Verknüpfungen. Eine Israelfahne ist aber Träger von wesentlich mehr Inhalten, als Antideutsche darin sehen und zulassen wollen. Daher sind sie auf kommenden Demonstrationen ebenso abzulehnen, wie sämtliche anderen Nationalfahnen, Antisemitismus oder Rassismus.

Häufig wird als weiteres Argument für das Mitnehmen von Nationalfahnen das Stilmittel der Provokation erwähnt. Wer aber Nationalfahnen als Provokationsmittel einsetzt, entlarvt durch diesen Schritt nicht nur möglichen Rassismus und Antisemitismus beim Betrachter, sondern stellt sich auch als diskursiver Motor dar, der die herrschende (auch diffamierende) Belegung von solchen Symbolen aufgreift und weitertreibt. Ein anderes zB. im Text "Basisbanalitäten" vorgebrachtes Argument ist zB., "dass die Fahnen der Alliierten in der Tradition des Antifaschismus stehen". Herzlichen Dank. Wer ein solch reduziertes und unkritisches Verständnis von Antifaschismus pflegt, der bewegt sich damit aber nicht entgegen, sondern völlig im Kurs bürgerlicher Definitionen von Antifaschismus. Begeistert kann auf antifaschistische Selbsthilfe verzichtet werden, kommt diese doch auf Bestellung im D-Day oder verpackt in Stalingrad-Mythen daher.
Stattdessen kann auf ganzer Linie der Kampf gegen den wirklichen Feind aufgenommen werden. Ein Feind, den es schon so lange wie die Linke selbst gibt, nämlich die anderen Linken.
Unnötig festzustellen, dass diese sogenannten anderen Linken in Wirklichkeit gar keine richtigen Linken sind, sondern je nach Zeit und Umfeld lediglich Reformisten, Linksabweichler, Wohlfühllinke, Linksdeutsche, etc. Zu wahrhafter Perfektion hat diesen Sport die Bahamas Redaktion u.a. in ihrem Text "Wer schweigt stimmt zu - Gegen den antinationalen Konsens in der Hamburger Linken" getrieben. Wem in "Illuminatus" zu wenig Verschwörung steckt und in Herr der Ringe zu wenige finstere Bösewichte vorkommen, der wird mit diesem Text glücklich werden. Moderater kommt da der schon erwähnte Text "Basisbanalitäten" daher, dennoch wird auch hier die Linke Festung geschliffen. Die "Bündnislinke" wird dort mit dem "Niveau ihrer Regierung" gleichgesetzt und überhaupt, das wenig geschmacksichere Tragen von ollen Palitüchern mit dem offensiven Mitschleppen von Nationalfahnen verglichen. Dabei wird allerdings ein wesentlicher Unterschied, der auch für die Auseinandersetzungen am 31.03. von Bedeutung war, ausgeblendet. Fahnen haben immer einen sehr viel öffentlicheren und vereinnahmenden propagandistischen Sinn, dies ist überhaupt erst der Grund weshalb sich 30 Leute mit ebenselben in die Demospitze stellen wollen. Dass ein solches avantgardistisches Ansinnen von den verbrämten unbewussten Massen nicht aktzeptiert wird muß nicht verwundern. Meine persönliche Konsequenz für die Zukunft ist, mich weder mit irgendwelchen Fans von Nationalsymbolen, noch mit deren Kleinkriegen zu beschäftigen. Ich entscheide mich jedenfalls in diesem Konflikt sprichwörtlich zur aktiven Fahnenflucht.

desertör

Wir sind unter euch!

Interview mit Gesellschaft für Legalisierung



Könnt Ihr zunächst ein paar Sätze zur Entstehung der Gesellschaft für Legalisierung und euer entsprechenden Kampagne sagen?

GfL: Die Gesellschaft für Legalisierung ist ein Netzwerk unterschiedlichster Gruppen, das in den letzten Monaten in Städten wie Berlin und Hamburg zum ersten Mal öffentlich in Erscheinung getreten ist. Etwa zur selben Zeit traten diverse Gruppen aus dem antirassistischen Kontext mit der selben Forderung nach einer offensiveren Legalisierungspolitik auf. Daraus ist nach und nach die Gesellschaft entstanden. Die Gesellschaft greift die Prozesse der Illegalisierung an, denen sich MigrantInnen in Deutschland und Europa ausgesetzt sehen. Sie setzt da an, wo Rechte im Alltag bereits erkämpft werden. Ziel ist, kurz gesagt, die Durchsetzung des Rechts auf Legalisierung und Mobilität in Europa.

Was ist bisher an Aktionen gelaufen?

GfL: Die Gesellschaft für Legalisierung eröffnete am 24. Oktober in Berlin ihre erste Filiale. In einer aktionistischen Stadtrundfahrt setzte sich ein Bündnis in Bewegung, das aus Respect, kanak attak, medizinische Flüchtlingshilfe, ZAPO, Mujeres sin Rostro, Frauen-Lesben-Bündnis, Flüchtlingsinitiative Brandenburg, Elixir-a und anderen besteht. Für Hamburg gilt, dass das Datum vom 27.11.03 als jenes der öffentlichen Taufe. Hier ist die GfL als Bündnis ein wenig kleiner, AktivistInnen vom MediBüro, dem Buttclub, FSK und Mujeres sin Fronterras waren dabei –und sucht nach wie vor MitstreiterInnen- aber nicht weniger aktiv. Mit unseren Legalisierungstaschen bewaffnet sind wir also am 27.11. durch die Stadt gelaufen. Einige von uns waren im FSK Studio und haben den Tag von da aus mit Beiträgen die thematisch mit den Orten verwandt waren, die wir zu Fuß und per öffentlichen Verkehrsmitteln besuchten, koordiniert. Uns ging es um die Geschichten die wir recherchiert hatten und die vor Ort, per Radio aus unseren Taschen heraus, gesendet wurden. Ein Mix also aus künstlerischem Aktivismus, der Sichtbarmachung von Migrationskoordinaten und einer symbolischen Stadtbesetzung durch Befahrung.

Wie sehen Eure weiteren Aktionen aus und was erhofft Ihr Euch von Ihnen?

GfL: Über den Monat Februar wird die Gesellschaft für Legalisierung den Kunstraum auf der Veddel bespielen. Dieser liegt in der Slomanstrass 62 A. Da wir den ganzen Monat über in einem Viertel präsent sein werden, indem nicht nur durch die ständigen Razzien Migranten und Illegalisierte schikaniert werden, sondern auch solch unerträgliche Dokus wie etwa "Nix Deutsch" über den vermeintliche "Integrationslücken" der Leute dort gedreht wurden, wollen wir durch vielfältge Aktionen mit den Migranten in Kontakt kommen, die dort wohnen und versuchen unser Bündnis, unsere Idee von Legalisierung – wir sehen, dass viele Menschen ihre Legalisierung selbst in die Hand nehmen und nicht auf Aktionen vom Staat oder sonst wem warten- zu pushen. Unter anderem werden wir Filme zeigen, Diashows zum Thema Sichtbarkeit/ Unsichtbarkeit anbringen und Videoinstallationen auf die Beine stellen, die dem Phantom der Illegalität den Alltag und die Präsens von Migranten in der BRD, oder auch EU entgegen stellen. Zudem werden wir mit anderen Gruppen wie etwa den Leuten vom Navigator oder auch FSK zusammenarbeiten und gemeinsam Veranstaltungen machen.

Warum gab es bei der Auftaktveranstaltung in Hamburg so wenig Resonanz? Welche Gründe hat das, wie wollt Ihr in Zukunft damit umgehen?

GfL: Gute Frage. Auch für unseren Geschmack war die Beteiligung an den Aktionen tagsüber doch sehr dünn. Nun glauben wir aber nicht, dass es ein spezielles Problem unseres Anliegens ist. Viele gute Aktionen müssen damit kämpfen, dass sie nicht die Massen anziehen. Da unsere Idee aber mehr inhaltlich getragen wird und weniger davon lebt, dies wird sich natürlich ab einem bestimmten Stadium ändern, dass Millionen unterschreiben, glauben wir auf jeden Fall, dass die Aktionen gut waren. Uns ist es zweifellos gelungen, thematische Verknüpfungspunkte zwischen Hamburg, dem Ort in dem wir leben, migrantischem Alltag und vergessenen oder unbekannten Geschichten von Kämpfen zu benennen. Und darum geht es uns ja schließlich: Nicht diffuses Leben irgendwo in der Illegalität zu skandalisieren, sondern zu erkennen, dass Migration wie sie zum Beispiel im Zuwanderungsgesetz diskutiert wird nicht zu trennen ist von dem was andere meinen, wenn sie von den Illegalen sprechen. Zurücklehnen können wir uns dennoch nicht. Wir müssen für die Legalisierungskampagne Formen finden, die zum einen derbe genug sind um Leute anzuziehen und tatsächlich auch bürgerliche Medien zu interessieren zum anderen aber gewährleisten, dass unsere inhaltlichen Punkte nicht unter den Tisch fallen. Wir haben dazu gelernt. Eine ständige lokale Präsens steht zwar im gewissen Gegensatz zu unserem walk am 27.11, gleichzeitig schaffen wir es aber gerade dadurch, auf der Veddel Kontakte zu knüpfen, die für Hamburger Legalisierungsverhältnisse noch sehr wichtig sein werden. Wir sind flexibel und auch schlau genug, nicht ständig das selbe zu machen. Dass unsere Show abends sehr gut besucht war hat natürlich verdeutlicht, dass die Menschen lieber feiern als stundenlang bei Regen durch die Stadt zu eiern. Zudem war es ja auch noch unter der Woche angesetzt. Aber wir glauben auch, dass die radikale weisse Linke, die ja schlichtweg nicht anwesend war, die herrschaftsangfreifenden Effekte der Migration und ihr Kampf um Rechte noch nicht vollends geblickt hat und dass sie sich auch weigert das zu tun, weil es ihre eigene exclusive Rebellenposition gegenüber den Staat gefährden würde.

Wie kann mensch Euch unterstützen?

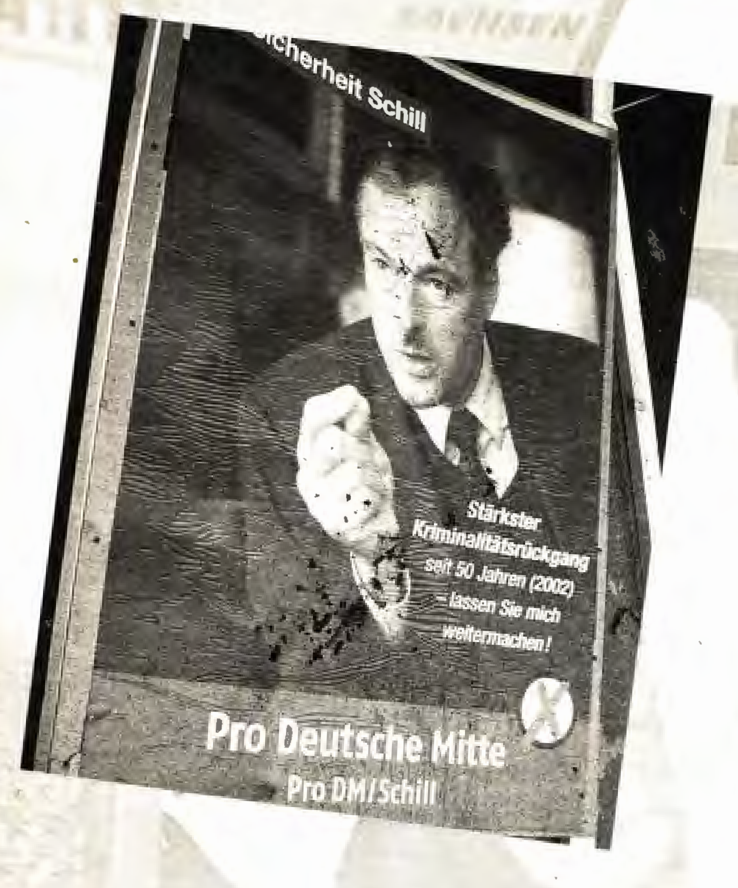
GfL: Kommt auf die Veddel! Schaut euch an, was für da über den Februar hinweg machen. Informiert euch unter www.rechtauflegalisierung.de oder www.kanak-attak.de über weitere Stationen der Gesellschaft für Legalisierung. Und wer seinen Alltag oder politische Praxis in unsere Aktionen und Aussagen wiederfindet sollte nicht lange fackeln und bei uns mitmachen.


Pro Deutsche Mitte
Pro DM/Schill


Sicherheit. Schill
Jahren (2002)
lassen Sie mich


STIMME FÜR EIN
IN HAMBURG!
15.-29.
SEPTEMBER
KANN'S BESSER.
MEHR


Dafür bürge
Thomas Mirow.
Für die Menschen
in unserer Stadt.
SPD





Hamburg hat gewählt



Das kann doch nicht wahr sein!

Die eigenen Chefs bekämpfen das eigene Projekt - FIXSTERN bleibt!

Am 24. November 2004 wurde im Schanzenviertel der FIXSTERN besetzt. Die Betriebsbesetzung wurde als Mittel im Kampf für den Erhalt der sozialen Projekte gewählt und war der energische Versuch, eine der wenigen akzeptierenden Drogeneinrichtungen zu erhalten.
Am 29. Dezember wurde der FIXSTERN geräumt, veranlasst durch den Geschäftsführer des Vereines "Freiraum e.V." und den Vereinsvorsitzenden.

Wir wollen an dieser Stelle nicht noch mal den ganzen Ablauf bis zum Zeitpunkt der Räumung dokumentieren, dies ist nachzulesen auf diversen Flugblättern und auf der Website www.fixstern-bleibt.de.vu.
Uns ist wichtig, die erbärmliche Rolle der beiden Verantwortlichen genauer anzusehen, die sie in dieser politischen Auseinandersetzung um den Erhalt des FIXSTERN spielen.
Dazu erst mal die Fakten: es war schon lange vor der Besetzung klar, dass der Senat den Entschluss gefasst hatte, durch massive Vertreibungspolitik die drogenabhängigen Menschen in St. Georg zu zentralisieren und das Schanzenviertel zu einem "sauberen Stadtteil" umzustrukturieren, wo sich die Touristenhorden und Yuppies wohlfühlen sollen - da ist natürlich kein Platz für Drogenabhängige.
Geschäftsführung und Vorstandsvorsitzender beendeten – nach einer Reihe von Aktionen - ihre Bemühungen um den Erhalt des FIXSTERN und erklärten, Widerstand habe keinen Sinn mehr.
Diese allein getroffenen "Entscheidung" stieß auf Unverständnis und Ablehnung: jetzt war der Zeitpunkt gekommen, wo der Kampf um den Erhalt auf eine neue Stufe rücken musste.
Das Stadtteilbündnis FIXSTERN BLEIBT beschloss ohne die beiden den Betrieb für die Gäste des FIXSTERN aufrechtzuerhalten und die Einrichtung zu besetzen.
In dieser Zeit, in der alle Beteiligten und viele solidarische Menschen ihre gesamte Kraft und Energie in das Projekt hineinsetzten, es besetzt hielten, den Cafe-Betrieb aufrecht erhielten, massive Öffentlichkeitsarbeit starteten, der solidarische UnterstützerInnenkreis sich täglich vergrößerte, arbeiten Geschäftsführung und Vorstandsvorsitzender gegen den Erhalt des FIXSTERN. Sie veröffentlichten ihre Gegenpositionen, distanzierten sich von der Besetzung, warfen gar den BesetzerInnen vor, dass sie durch ihr Verhalten den Verein FREIRAUM e.V. gefährden würden. Sie begannen zu drohen.
Als der Versuch, die FIXSTERN-BesetzerInnen massiv einzuschüchtern , an deren Entschlossenheit scheiterte, griffen sie zu ihrem letzten Mittel: sie erwirkten einen Räumungsbeschluss mit der Androhung eines Ordnungsgeldes in Höhe von 10.000 Euro. Bei der Räumung arbeiteten sie Hand in Hand mit den Bullen. Der Geschäftsführer stellte gegen 14 Personen Strafantrag wegen Hausfriedensbruch, obwohl die BesetzerInnen erklärten, dass sie angesichts der Übermacht der "Ordnungskräfte" den Raum verlassen würden. Den BesetzerInnen wurde die Mitnahme ihrer persönlichen Sachen verweigert: Schlafsäcke, Isomatten, Decken etc. Geschäftsführung und Vorstandsvorsitzender demonstrierten durch ihre aktive Mithilfe, auf wessen Seite sie inzwischen standen: sie trugen selbst die Gerätschaften (Computer, Drucker etc.), die Eigentum der Stadt waren, heraus.
Damit nicht genug: 14 BesetzerInnen erhielten eine Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch; ihnen droht nun ein Strafprozess, bei dem es um Tausende von Euros geht.
Um die Schweinerei abzurunden, wurde sämtlichen FIXSTERN-MitarbeiterInnen, die den BesetzerInnen zugerechnet wurden, fristlos gekündigt. Andere, die in der Harburger Drogeneinrichtung ABRIGADO weiterbeschäftigt werden sollten, wurde ebenfalls fristlos gekündigt. Wenn sie damit durchkommen heißt das nicht nur Arbeitslosigkeit, sondern auch eine dreimonatige Sperre beim Arbeitsamt. Weiterhin wurde gegen den Betriebsratvorsitzenden des FIXSTERN wegen Unterstützung der Besetzung ein Amtsaufhebungsverfahren eingeleitet.
Innerhalb politischer Ereignisse, Entwicklungen finden wir sie immer wieder: sogenannte Altlinke, die ihre politische Vergangenheit vor sich hertragen wie eine Trophäe und abends am Stammtisch damit prahlen, was für tolle Hechte sie mal waren. Aber heute sind sie ja älter und somit reifer geworden, haben keine Flausen mehr im Kopf "wie damals", heute stehen sie ja mit beiden Füssen auf dem Boden der Realpolitik.... Die erfordert natürlich ganz andere Umgangsweisen, die man sich tagtäglich bei den "echten" Politikern abgucken kann: wenn man was durchsetzen will, muss man klüngeln, Intrigen spinnen, Leute gegeneinander ausspielen, faule Kompromisse schließen, mit allen (Macht-)mitteln die eigenen Interessen durchsetzen - und wenn das Fußvolk nicht spurt, muss es bekämpft werden. Wir haben viele lebende Beispiele vor Augen: nicht wenige, die früher politische engagiert waren und ihren Protest und Widerstand auf die Strasse trugen, sitzen sich heute auf Amtsstühlen die Ärsche platt. Wenn man mal an der Macht geschnuppert hat, gibt es da scheinbar keine Grenzen mehr - sie stellen sich offen auf die andere Seite. Um auf Geschäftsführung und Vorstand zurückzukommen: sie haben entschieden, sich mit den Herrschenden zu verbünden. Ihr Gejammer, sie würden ja nur das Beste wollen und die anderen wären diejenigen, die ihnen alles kaputt machen würden, ist verlogen: ihnen geht es nicht mehr um den wichtigen politischen Ansatz den ihre Projekt haben - ihnen geht es nur noch um ihre Stellung, ihr fettes Gehalt, ihre Machtposition, Ansehen, ihre Geschäftsführungsposition. Sie wollen nur noch ihre eigenen Pfründe sichern - und dafür tun sie alles.
Seit dem letzten Jahr vollzogen "unsere" Politiker den sozialen Kahl-Schlag, den ihre Vorgänger schön längst eingeleitet hatten: viele Projekte wurden bis zur Unkenntlichkeit gekürzt, nicht wenige mussten ganz dichtmachen, und einige, die es gerade mal so schaffen zu überleben, haben sich auf Kompromisse eingelassen, die keine sind: ihr Anspruch ist zum Teil so reduziert worden, dass eine Wiedererkennung schwer fällt. Dieser Vorgang ist noch nicht abgeschlossen. Bis auf wenige Ausnahmen sind sozialpolitische Projekte verkommen zu staatstragenden Institutionen, verdammt zur Anpassung durch die stattlich finanzielle Abhängigkeit. Die Herrschenden drohen, diffamieren, erpressen und versuchen die Projekte gegeneinander auszuspielen. Das darauf einlassen wird kein Projekt auf Dauer retten. Auch wenn sich einige von uns noch ein bißchen dulden: wenn sie uns nicht mehr brauchen und nicht mehr wollen, fegen sie uns weg - wenn wir uns nicht entschieden wehren.
Aus diesem Grund drücken wir den ehemaligen BesetzerInnen des FIXSTERN unseren größten Respekt aus: mit ihrer entschiedenen Aktion haben sie uns Mut gemacht. Sie haben trotz des persönlichen Risikos alles eingesetzt, was sie hatten, um zu zeigen: wir lassen uns nicht einfach so wegdrücken. Wir wollen an unseren eigenen Vorstellungen festhalten und darum kämpfen. Wir begreifen die Räumung nicht als Niederlage, sondern als Ansporn weiterzukämpfen. Wir hoffen, das auch andere motiviert wurden, sich zusammenzuschließen und wieder unabhängiger von staatlichen Zwangsvorhaben zu agieren!

Leuten wie der Geschäftsführung und dem Vorstandsvorsitzendem empfehlen wir:
Wagt es nicht, auf Aktionen, Versammlungen und Demonstrationen aufzutauchen: ihr habt euch endgültig disqualifiziert. Wir brauchen keinen Handlanger der Senatspolitik und Denunzianten in unseren Reihen!
Nehmt die Kündigungen zurück!
Nehmt die Strafanträge zurück!
Lasst den Betriebsrat in Ruhe!
Verschwindet aus den Projekten!
Hört mit euren Schweinereien auf!

BGS Bündnis gegen Schweinereien



Rote Flora Termine im März

Fr 05.	**22 Uhr**	**Konzert**
Sa 06.	**23 Uhr**	**Blockpart Party**
Do 11.	**19 Uhr**	**Mobilisierungsveranstaltung# Wagenplätze und die politische Situation nach der Wahl**
So 14.	**22 Uhr**	**Konzert**
Sa 20.	**22 Uhr**	**Schneller Autos Org, Anisation, Ricky Kings, Matula**
Fr 26.	**22 Uhr**	**FloraSoliPary**

Achtet auf aktuelle Ankündigungen!

Regelmäßige Termine:

Montag ab 19 Uhr Kochsession veganes essen Ab 17 Uhr offene Motorradwerkstatt-schrauben und klölnen 18.30 – 21 Uhr Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 17-20 Uhr Archiv der sozialen Bewegungen **Dienstag** 18-23 Uhr Dubcafe **Mittwoch** 19 Uhr "Wie es euch gefällt-cafe **Donnerstag** 19.30 Uhr Anti Castor CafeDonners. 1.+3 ab 19 Uhr Kochkollektiv veganes essen 17-20 Uhr Archiv der sozialen Bewegungen **1. Samstag** im ab 12 Uhr Frühstück **Sonntag** ab 17 Uhr Cafe Niemandsland richtige Politik, echter Kaffee und fricher Kuchen Studio F (fsk 93.0) sendet ganztätig aus der Roten Flora